

Politische Berichte ★

Politische Berichte
Zeitung für sozialistische Politik
Erscheint vierzehntäglich. Einzelpreis 2 DM, Jahresabo 78 DM
ermäßigtes Abo 52 DM, Förderabo 130 DM

Redaktionsadresse
Postfach 260 226, 50150 Köln
Hausadresse: GNN-Verlag,
Zülpicher Straße 7, 50674 Köln,
Telefon 02 21 / 21 16 58 Fax: 02 21 / 21 53 73

Nummer 1 / 18. Jahrgang

9. Januar 1997

G 7756 D Preis 2,00 DM

Neuer Prozeß gegen Markus Wolf begann

Bundesanwaltschaft will Haftstrafe

Am 7. Januar 1997 begann vor dem 7. Strafsenat des Oberlandesgerichtes Düsseldorf ein weiterer Prozeß gegen Markus Wolf, dem ehemaligen Chef der DDR-Spionage.

Wolf war Ende 1993 vom 4. Strafsenat des gleichen Gerichtes zu sechs Jahren Freiheitsstrafe wegen Landesverrats in Tateinheit mit Bestechung verurteilt worden. Die Vollstreckung des Urteils wurde ausgesetzt, weil Entscheidungen des BVerfG anstanden, das im Mai 1995 erklärte, daß hauptamtliche Mitarbeiter der DDR-Spionage (HVA), die nur vom Boden der DDR aus operiert hatten, nicht verurteilt werden dürfen. Der BGH hob deshalb das Urteil gegen Wolf am 18. Oktober 1995 auf und verwies den Fall erneut an das OLG Düsseldorf.

Hier nun wurde gründlichst an einem neuen Verfahren gestrickt, daß nun gegen Wolf wegen des „Verdachts auf Freiheitsberaubung“ in drei Fällen, Körperverletzung und Nötigung eröffnet wird.

Wie die FAZ schreibt, sei es ein „bitteres Beispiel, wie schwer es ist, mit Mitteln des Rechts die Mächtigen des SED-Unrechtsregimes zur Verantwortung zu ziehen“. Wolf selbst dazu: „...so will man mich, die HVA und die DDR jetzt in die kriminelle Ecke stellen“. Immer noch geht es um die späte Rache gegen einen Mann, der mit zu den Hoffnungsträgern des Herbstes 1989 gehörte. (abe)

Klaus Eichner über den „Umgang mit ehemaligen Spionen“

Wo gelten die ungeschriebenen Regeln der Spionage? Ein Kommentar.

In den USA erfolgte am 29. Oktober 1996 auf dem Flugplatz in New York die Verhaftung des ehemaligen KGB-Spions Wladimir Galkin.

Dieser Mitarbeiter des Direktorats T des KGB war bis 1992 zur Informationsbeschaffung über rüstungstechnische Vorhaben der USA, u.a. über die Strategische Verteidigungsinitiative (Strategic Defense Initiative - SDI) eingesetzt. Seitdem waren seine Beziehungen zum Nachfolger des KGB gelöst.

1996 reichte er einen Visaantrag für eine private Einreise in die USA ein und vermerkte darauf arglos seinen früheren Arbeitgeber. Er erhielt ohne Umstände sein Visum ausgehändigt.

Nun erwartete ihn das FBI auf dem John-F-Kennedy-Flugplatz, und er sollte in den nächsten Tagen mit einer Anklage wegen Spionage vor Gericht gestellt werden.

Neben deutlichen Protesten der russischen Regierung wandten sich auch Ver-

treter der CIA und des Außenministeriums an die amerikanische Bundesanwaltschaft mit der Forderung, Galkin sofort freizulassen.

Ihr Hauptargument: Die USA würden mit dieser Festnahme die ungeschriebenen Regeln der Spionage verletzen.

Wladimir Galkin ist seit Mitte November wieder auf freiem Fuß!

Da gelten also „ungeschriebene Regeln der Spionage“ zwischen zwei Staaten, die nach wie vor in einen ziemlich massiven Agentenkrieg verwickelt sind.

Das Trauma der 1994 erfolgten Enttarnung des KGB-Agenten Aldrich Ames, leitender Mitarbeiter der Gegen-spionage der CIA, lastet immer noch auf der Nachrichtengemeinde der USA.

Aber bereits im November 1996 erfolgte eine weitere Festnahme eines russischen Spions in der CIA, Harold James Nicholson, der zuletzt als Ausbilder für den CIA-Nachwuchs tätig war. Nicht zuletzt in der Abwehrbehörde selbst, dem FBI, wurde im Dezember 1996 ein Beamter verhaftet, der fünf Jahre lang für Rußland spionierte haben soll.

Nicht wenige Gründe also für die Behörden der Vereinigten Staaten, mit drastischen Maßnahmen gegen Rußland zu reagieren. Trotzdem setzen sich die Vertreter eines realistischen Kurses der Beachtung der „ungeschriebenen Regeln der Spionage“ durch.

Das gilt wohl für alle einigermaßen zivilisierten Staaten – aber eben nicht für das Deutschland der 90er Jahre. Da werden nach wie vor Bürger der BRD vor Gericht gezerrt, weil sie in der Vergangenheit für die DDR als Kundschafter tätig waren. Inhaftierte Kundschafter erleiden teilweise verschärfte Sicherheitsbehandlungen im Strafvollzug (wie Rainer Rupp in Saarbrücken).

Die Verfolgungswelle auch auf diesem Gebiet soll weitergehen, es sind noch eine Vielzahl von Ermittlungsverfahren bei der Bundesanwaltschaft anhängig.

Mit alten/neuen abenteuerlichen Konstruktionen wird erneut versucht, den langjährigen Leiter der HVA, Markus Wolf, zu kriminalisieren. Am 7. Januar 1997 beginnt der zweite Prozeß gegen ihn in Düsseldorf mit Tatvorwürfen, wie Entführungen, Freiheitsberaubung und Bestechung.

Vielleicht sollten die Verantwortlichen in der Politik und Justiz dieses Landes einmal einen Blick in die Rechtspraxis ihres großen Verbündeten werfen, um zu lernen, wie solche Probleme mit Vernunft und Augenmaß bewältigt werden können.

Klaus Eichner ist einer der Sprecher des Insiderkomitees zur Aufarbeitung der MfS-Geschichte



Etwa einhunderttausend Menschen beteiligten sich am letzten Wochenende in der Türkei an einer großen Kundgebung gegen die Mafia-Verbindungen des türkischen Regimes. An der Aktion beteiligte sich der regimennahe Gewerkschaftsbund Türk-Is ebenso wie zahlreiche oppositionelle Parteien und Gewerkschaften. Letztere kritisierten erneut auch die „Morde unbekannter Täter“ und den Krieg in Kurdistan. Foto aus: „Hürriyet“, 6.1.97. Siehe auch Seite 13/14. (rüf)

Geldstrafe für kritischen Polizisten

Ex-Bundessprecher der Kritischen Polizisten wurde in Castrop-Rauxel zu 2.400 DM Geldstrafe verurteilt

Jürgen Bugla, ehemaliger Bundessprecher und heute Bundesvorstandsmitglied der Kritischen Polizisten, ist von einem Gericht in Castrop-Rauxel zu einer Geldstrafe von 2.400 DM verurteilt worden, weil er polizeiliche Ermittlungen als „schlampig und dilettantisch“ kritisiert hatte.

Bernward Boden, Bundessprecher der Kritischen Polizisten, wies dieses Urteil als „Maulkorb-Urteil“ in einer Presseerklärung zurück. Bugla hatte im August 1994 nach offensichtlich kritikwürdigen Ermittlungs- und Vernehmungsmethoden in Recklinghausen öffentlich kritisiert, daß die dortige Polizei „schlampig und dilettantisch“ gearbeitet habe. In der Tag wurde im Rahmen des zugrundeliegenden Tötungsde-

liktes der Tatverdächtige freigesprochen. Dieser Freispruch wurde mittlerweile vom BGH bestätigt.

Boden zu dem Urteil von Castrop-Rauxel: „Die Kritik an der Polizei ist damit als eine Art „Majestätsbeleidigung“ betrachtet worden und wird nach unserer Auffassung als Einschränkung der freien Meinungsäußerung betrachtet. Es muß aber nach meiner Auffassung möglich sein, auch in klarer Form Kritik an der Arbeit der Polizei zu üben, dies insbesondere als Sprecher einer Berufsorganisation.“

Bugla kündigte an, er werde gegen das Urteil Revision einlegen.“ (Presseerklärung von B. Boden, Köln, 27. Dezember 1996)



AKTUELL IN BONN

Mehr Knete für DDR- und SBZ-„Opfer“

Nachdem vor einiger Zeit ein erstes Gesetz zur Entschädigung von Opfern „politischer Verfolgung“ in der früheren DDR oder sogar in der sowjetischen Besatzungszone auf für die Regierungsparteien unangenehm geringe Resonanz gestoßen war (statt der erhofften zehntausende von „Opfern politischer Verfolgung“ meldeten sich nur wenige bei den Behörden), wollen die Regierungsparteien nun nachbessern. Mitte Dezember berichtete der Bundestags-Infodienst: „Wer in der DDR oder zuvor in der sowjetisch besetzten Zone (SBZ) Opfer politischer Verfolgung war und sich deshalb noch heute in einer besonders beeinträchtigten wirtschaftlichen Situation befindet, soll bessere Ausgleichsleistungen erhalten.“ Ein Gesetzentwurf (Ds. 13/6496) der Regierungsparteien lockt nun u.a. mit einer „Verdoppelung der monatlichen Ausgleichsleistung“ auf 300 DM, einen Zuschlag zur gesetzlichen Rente von 200 DM und einer Erhöhung der Einkommensgrenze für die Anspruchsberechtigung. „Damit wird die Zahl der Berechtigten ausgeweitet“, schreibt der Infodienst frohgemut. 22 Millionen DM Mehrkosten erwarten die in dieser Angelegenheit außerordentlich spendablen Regierungsparteien pro Jahr nach dem neuen Gesetz. Wer nachrechnet, kommt auf ca. 10.000 bis 12.000 durch das neue Gesetz begünstigte Personen.

WEU-Geheimschutzabkommen

Mit den Stimmen der Regierungsparteien und der SPD hat der Innenausschuß des Bundestags am 11. Dezember einen Gesetzentwurf der Regierung zur Ratifizierung eines WEU-Geheimchutzabkommens gebilligt. Der Bundestag dürfte bald folgen. Das Abkommen verpflichtet WEU-Staaten, alle WEU-Militärgeheimnisse zu schützen, u.a. durch Sicherheitsüberprüfung aller Personen, die Zugang zu solchen Akten haben können. Die Türkei beispielsweise ist „assoziertes Mitglied“ der WEU. Wer also als deutscher Staatsbürger an WEU-Akten will, um sich womöglich über WEU-Beratungen zur „militärischen Lösung“ des „Kurdenproblems“ zu unterrichten, wird künftig „sicherheitsüberprüft“. Aus unerfindlichen Gründen enthielten sich die Vertreter der Bündnisgrünen bei der Abstimmung im Innenausschuß, einzig die PDS-Abgeordneten stimmten gegen das Gesetz.

Deutsche Waffen auf Zypern?

Abgeordnete der SPD haben in einer kleinen Anfrage Auskunft von der Bundesregierung erbeten, ob die türkischen Truppen, die den Nordteil der Insel Zypern seit 1974, also seit nunmehr über 22 Jahren besetzt halten, womöglich mit deutschen Waffen ausgerüstet sind. (Ds. 13/6430). Die Abgeordneten wollen weiter wissen, ob die Türkei bei Waffen- und Ausrüstungslieferungen im Rahmen der NATO-Ausrüstungshilfe wirklich gebunden sei, dieses Material „nur im Rahmen des Verteidigungsauftrags des Atlantischen Bündnisses“ einzusetzen. Die Abgeordneten berufen sich bei ihrer Anfrage auf „gut unterrichtete Quellen in Zypern“, die ihnen von Hinweisen auf deutsche Waffen berichtet hätten.

Frauen in der Bundesverwaltung

Einen Anstieg des Frauenanteils unter den Beschäftigten der Bundesverwaltung meldet stolz die Bundesregierung. 1992 habe der Frauenanteil 31,8 Prozent betragen, bis 1994 sei er auf 34 Prozent angestiegen. Über ein Drittel der weiblichen Beschäftigten sind freilich weiterhin nur auf Teilzeitbasis beschäftigt, d.h. vielfach ohne oder mit erheblich schlechterem Versicherungsschutz, schlechterem Kündigungsschutz usw. Genau 92,9 Prozent der ca. 140.000 Teilzeitbeschäftigten (von insgesamt 1,1 Millionen Beschäftigten im Bundesdienst) waren 1994 Frauen. Bei den Vollzeitbeschäftigten lag ihr Anteil 1994 dagegen nur bei 25,3 Prozent.

Rexrodt zum „Dinosaurier des Jahres“ gekürt

Bundeswirtschaftsminister Rexrodt ist vom Naturschutzbund Deutschlands (Nabu) am 30. Dezember zum „Dinosaurier des Jahres“ 1996 erklärt worden. Er sei „oberster Umweltsünder“ der Bundesrepublik, so der Nabu, der unablässig versuche, „jeden auch noch so geringen Fortschritt in der Umweltpolitik zu verhindern“, erklärte Nabu-Präsident Jochen Flasbarth. Jüngstes Beispiel sei Rexrodt's Entwurf eines neuen Energiewirtschaftsgesetzes (wir berichteten), mit dem „die Energieverschwendung gefördert werde“.

Autobahn-Vignette für mehr Autobahnen?

Angeblich als Reaktion auf die Einführung einer Autobahngebühr in Österreich zum 1.1. dieses Jahres wollen die bayerische und baden-württembergische Landesregierung über den Bundesrat einen gemeinsamen Antrag einbringen, künftig auch von Autobahnnutzern hierzulande eine Gebühr zu kassieren. Stoiber ließ verlauten, eine solche Gebühr sei „immer mehr eine Frage der Gerechtigkeit“, damit ausländische Nutzer für das köstliche Recht auf Befahren deutscher Autobahnen zahlen. Deutsche Kfz-Besitzer könnten für die neue Gebühr „mittelfristig“ über eine Reform der Kfz-Steuer ja wieder „entlastet“ werden. Baden-Württembergs Regierungschef Teufel dagegen verlangte die Gebühr schroff und direkt, um noch mehr Autobahnen bauen zu können: 1996 sei in Baden-Württemberg kein einziges Autobahnprojekt mehr begonnen worden, kritisierte er.

Was kommt demnächst?

Am 15.1. nimmt der Bundestag seine Beratungen mit einer Fragestunde wieder auf. Am 16. Januar geht es dann um Agrarexporte, Kinderarbeit in der Dritten Welt, Schulden der Dritten Welt und die deutsche Entwicklungspolitik sowie speziell um die deutsche Afrikapolitik, am Nachmittag über Dienstleistungen, insbesondere private Dienstboten in Haushalten. Am Abend folgt eine kurze Beratung um die Ankündigung von Justizminister Schmidt-Jorzitz, die Enteignungen von Junkern und Kriegsverbrechern in der SBZ im Zuge der Bodenreform rückgängig zu machen und u.a. um Anträge der PDS gegen eine Beteiligung an militärischen Spionagesatelliten. Am 17.1. stehen Gesetzentwürfe zum Bodenschutz und zur Reform der Gemeindefinanzen zur Beratung an.

Der Orden der Ritterkreuzträger hat Rühes ministerielle Deckung**Bundesregierung will auch künftig an Veranstaltungen des fürchterlichen Wehrmachtsordens teilnehmen**

Die Bundeswehr will aus dem diesjährigen Eklat in Dresden keine Konsequenzen ziehen und zukünftig wieder an Veranstaltungen der „Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger“ (OdR) teilnehmen. Dabei, so geht aus der Antwort auf die Anfrage der Abgeordneten Annelie Buntenbach, Antje Hermenau und Winni Nachtwei vom Bündnis 90/Die Grünen hervor, sollen die rechtsextremen Tendenzen der Ordensgemeinschaft weiterhin ignoriert werden. Wir dokumentieren die Presseerklärung der Abgeordneten.

Aufgrund der Weigerung des Dresdner Oberbürgermeisters, die Ritterkreuzträger während ihres Bundestreffens am 18. bis 20. Oktober 1996 zu empfangen, und aufgrund des massiven Protestes verschiedener Parteien und Initiativen hatte die Bundeswehr kurzfristig ihre Teilnahme an den Veranstaltungen abgesagt. Die Absage beruht jedoch leider nicht auf einem gewandelten Traditionsverständnis, sondern war dem Protest der Dresdner Bürgerinnen und Bürger sowie der Stadt Dresden zu verdanken, weil die Bundeswehr befürchtete, in die „rechtlichen und politischen Auseinandersetzungen zwischen der Stadt Dresden und der Ordensgemeinschaft hineingezogen“ zu werden. Offensichtlich wollen die Verantwortlichen im Bundesverteidigungsministerium eine öffentliche Auseinandersetzung über dieses Traditionsverständnis vermeiden. Dazu gibt es allen Grund:

Das Ritterkreuz gilt als höchste Auszeichnung der deutschen Wehrmacht des zweiten Weltkriegs und wurde von Adolf Hitler persönlich verliehen. Es wirft ein schlechtes Licht auf die Bundeswehr, wenn sie eine Vereinigung würdigt, die sich in diesem Zusammenhang zu den „unwandelbaren soldatischen Tugenden“ und zur Pflege der „ideellen Werte der höchsten Auszeichnung des Zweiten Weltkrieges“ bekennt.

In der OdR werden auch heute regelmäßig SS-Angehörige gewürdigt, für Schriften rechtsextremer Verlage wird geworben und ein in der rechtsextremen Szene üblicher Sprachgebrauch gepflegt. Einige Ritterkreuzträger sind selbst in der Neonaziszene aktiv.

Die deutlich ablehnende Haltung der Dresdner Bürgerinnen und Bürger war ein Beitrag zu einer öffentlichen Debatte in Gesamtdeutschland zu diesen Thema. Sie haben mit ihrer Ablehnung dieser öffentlichen Zelebrierung umstrittener Historie einen gesamtdeutschen kulturellen Beitrag geleistet, den in den Altbundesländern wiederum keiner zur Kenntnis nehmen will. Mit dieser Ignoranz ist die Zukunft nicht zu gewinnen. Wir begrüßen daher das erfolgreiche politische Engagement der Dresdner Bürgerinnen und Bürger und fordern die Bundeswehr auf, sich an Treffen der OdR zukünftig nicht mehr zu beteiligen. Pressedienst Bündnis 90/Die Grünen, 19.12.1996

Im folgenden Auszüge aus der Anfrage und den Antworten der Bundesregierung:

Frage 8: Wie deutet und bewertet die Bundesregierung hinsichtlich des historischen Bezuges der OdR die „Pflege und Förderung der Tradition echten Soldatentums“ (Satzung der OdR)?

Welche „ideellen Werte sind mit der höchsten Auszeichnung des zweiten Weltkrieges verbunden, deren Pflege die OdR anstrebt?

Antwort: Der Zweck der Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger des Eisernen Kreuzes und der Träger des Militär-Verdienstkreuzes e.V. (OdR) ist in deren Satzung § 2 Absatz 2 wie folgt formuliert: „OdR erstrebt: a) den kameradschaftlichen Zusammenschluß aller Ritterkreuzträger und Träger des MVK aufrecht zu erhalten, b) die Verbindung mit den Angehörigen nicht mehr lebender Ritterkreuzträger und Träger des MVK aufrechtzuerhalten, c) die Pflege und Förderung der Tradition echten Soldatentums im demokratischen Staat in enger Verbindung mit der Bundeswehr und den bestehenden soldatischen Verbänden, d) Unterstützung und Förderung der vom „Hilfswerk Ritterkreuz“ ausgeübten Tätigkeit (die Sozial- und Betreuungsarbeit für die OdR wird durch das Hilfswerk wahrgenommen).“

Das zum Ausdruck gebrachte Bekenntnis zum demokratischen Staat ist nach Auffassung der Bundesregierung eindeutig. Die mit der höchsten deutschen Tapferkeitsauszeichnung im Zweiten Weltkrieg verbundenen „ideellen Werte“ kommen in den Kriterien für die Verleihung des Ritterkreuzes zum Eisernen Kreuz zum Ausdruck. Diese Kriterien waren hervorragende Tapferkeit, weit überdurchschnittliche Verdienste in der Truppenführung oder eine kampfentscheidende Leistung nach selbständigem Entschluß. (...)

Frage 13: Wie beurteilt die Bundesregierung den Einfluß der Ritterkreuzträger auf die Bundeswehr hinsichtlich der Beteiligung von 674 Ritterkreuzträgern beim Aufbau der Bundeswehr, von denen 117 in den Generalsrang aufstiegen?

Antwort: Bei der Übernahme von Angehörigen der ehemaligen Wehrmacht in die Bundeswehr wurde ein äußerst strenger Maßstab angelegt. Der hierzu bestellte Personalgutachterausschuß stellte für Offiziere vom Dienstgrad Oberst an aufwärts durch persönliche Begutachtung, für die anderen Offiziere durch den Erlass von Vorschriften sicher, daß keine nationalsozialistisch belasteten Soldaten übernommen wurden. Unter den als unbelastet eingestuft befand sich auch eine relativ große Anzahl von Ritterkreuzträgern. Es läßt sich keine Aussage über ihren Einfluß treffen, zumal sie innerhalb der Bundeswehr nicht als homogene Gruppe auftraten.

Erstaunlich, daß gerade von Hitler persönlich ausgezeichnete Soldaten „unbelastet von nationalsozialistischen Anschauungen“ gewesen sein sollen.

Erstaunlich, daß sie keine homogene Gruppe in der Bundeswehr darstellten, wo sie sich doch heute noch, über 50 Jahre nach Kriegsende treffen und ihre alten Ideale hochhalten.

Daß in einigen Ausgaben des Vereinsorgans „Das Ritterkreuz“ Publikationen aus rechtsextremen Verlagen besprochen wurden, räumt die Bundesregierung ein, kommt aber zu dem Fazit:

„Verfassungsschutzrelevante Erkenntnisse über politische Aussagen und Ziele der Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger e.V. liegen nicht vor. ... Soweit Soldaten in Wahrnehmung ihrer Rechte als Staatsbürger in Uniform an den Totengedenken teilnehmen haben, liegt ein dienstliches Fehlverhalten nicht vor.“ (u.b.)

Quelle: Bundestags-Drucksache 13/6157 und 13/6542

Pest oder Cholera – das neue Arbeitsförderungs-Reformgesetz

Anne Alex, Mitarbeiterin der PDS-Bundestagsgruppe, zu den „Reform“-Vorhaben der Bundesregierung

Bereits in der letzten Ausgabe dieser Zeitung hatten wir über den im Dezember von der Bundesregierung eingebrachten neuen Gesetzentwurf zur „Reform“ der „Arbeitsförderung“ – also der Arbeitslosenversicherung – berichtet, den die Regierung nunmehr bis zum 1. April dieses Jahres in Kraft setzen will, ohne sich weiter durch die oppositionelle Mehrheit im Bundesrat behindern zu lassen. In der letzten Ausgabe für 1996 des „Informationsdienst Bericht aus Bonn“ der PDS im Bundestag – Bereich Arbeitsmarkt und Sozialpolitik – schildert die Mitarbeiterin Anne Alex auf 18 Seiten die Absichten des neue-alten Gesetzentwurfs der Regierung. Wir dokumentieren Auszüge.

... In den Einzelvorschriften wird deutlich, daß die Bundesregierung die Arbeitslosen bekämpft, statt die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Das neue AFRG knüpft an die Politik des Sozialabbaus an und leistet einen weiteren Beitrag dazu, die Lebenssituation für Erwerbslose drastisch zu verschlechtern. Es werden Leistungen gekürzt, Sanktionsmöglichkeiten gegen Arbeitslose verschärft und der Zwang geschaffen, jede Arbeit zu jeglichen Bedingungen anzunehmen. Die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes für Ältere wird verringert. Das Kurzarbeitergeld wird gekürzt. Erziehungsgeld, Mutterschaftsgeld und Unterhaltsgeld sollen nicht mehr versicherungspflichtigen Tätigkeiten gleichgesetzt werden. Gleichzeitig verschlechtert der Gesetzgeber die Zugangsbedingungen der Erwerbslosen zu Arbeitsförderungsmaßnahmen und diskriminiert die Bedingungen für diese Maßnahmen. Es werden Rechtsansprüche abgeschafft und verschlechtert. ABM werden zahlenmäßig verringert und die Zuschüsse für diese Maßnahmen gesenkt. Außerdem werden arbeitsrechtliche Vorschriften für neu eingestellte Arbeitslose gekappt und die Arbeitslosenversicherung zugunsten der Privatbetriebe geplündert. Bei Verzicht auf soziale Regulierungen wird vor neuen Arbeitslosen nicht zurückgeschreckt. So wird es einen Qualifikations- und Berufsschutz nicht mehr geben. Jahrelange Aus- und Weiterbildung, Schule und Studium – Pech gehabt. Nach wenigen Monaten muß jeder Erwerbslose so gut wie jeden Job annehmen. Wie dann später beruflicher Aufstieg möglich sein soll – ein ganz privates Problem.

Zusätzlich werden Maßnahmen ausgeweitet, die die Willkür der Arbeitsämter zulassen, wie zum Beispiel Einarbeitungszuschüsse, Eingliederungsverträge, Trainingsmaßnahmen oder Arbeitnehmerhilfen bei Saisonhilfen. Diese Vorschriften dienen dazu, Repressionen gegen Erwerbslose zu verschärfen, ihre Leistungsansprüche zu senken, ihre Qualifikation zu entwerfen, und Schutzrechte abgebaut.

Eine grundlegende Reform des Arbeitsförderungsgesetzes ist längst überfällig...

Die dramatische Lage auf dem Arbeitsmarkt, besonders in Ostdeutschland, wird nicht im Interesse der betroffenen Menschen angepackt. Stattdessen verschärft sie die Situation der Arbeitslosen weiter. Die PDS lehnt dieses Gesetz grundsätzlich ab, weil es die Situation erwerbsloser Frauen und

Männer in unerträglichem Maße verschlechtert...

Das AFRG eröffnet mit neuen Zumutbarkeitsregelungen und weiteren Vorschriften für Betroffene mittelfristig den Weg in die Sozialhilfe. Darauf weisen die ungünstigeren Regelungen für den Bezug von Arbeitslosengeld für Ältere genauso hin, wie durch die schon im Arbeitslosenhilfe-Reformgesetz beschlossene jährliche dreiprozentige Kürzung der Arbeitslosenhilfe. Tendenziell scheint der Zuschnitt dieser Bestimmungen zur Arbeitslosenhilfe mittelfristig ohnehin dazu zu dienen, die Arbeitslosenhilfe als Extra-Leistung abzubauen und durch die Fürsorgeleistung „Sozialhilfe“ zu ersetzen.

Außerdem verschlechtern sich mit dem AFRG die Bedingungen der von Erwerbslosigkeit Betroffenen für den Zugang zum Arbeitslosengeld durch die Einführung der Bestimmung der Beschäftigungssuche in Verbindung mit der neuen Zumutbarkeit. Ganz schnell können nun Erwerbslose als „nicht arbeitslos“ deklariert werden, wenn sie nicht jegliche Möglichkeit der Beschäftigung nutzen und nicht nach kurzen Zeiträumen weitaus geringer bezahlte Arbeitsgelegenheiten annehmen.

Werden die neuen Vorschriften über eine versicherungspflichtige Tätigkeit und ein Teilarbeitslosengeld betrachtet, ist der Eindruck nicht loszuwerden, daß hiermit eine Kopplung von direktem und indirektem Weg in die Einkommensarmut für Erwerbslose und eine Begrenzung von Fristen seiner Finanzierung durch die Bundesanstalt für Ar-

beit angedacht ist. So sollen angeblich mit der Neudefinition der versicherungspflichtigen Tätigkeiten zwar nun auch Beschäftigungsverhältnisse ab 15 Std. bzw. einem Verdienst von 590 DM West / 500 Mark Ost beitragspflichtig zur Arbeitslosenversicherung werden. Gleichzeitig jedoch werden durch diese Neuregelungen neue Erwerbslose produziert, die entweder plötzlich nicht mehr als arbeitslos anerkannt werden. Es entsteht die Frage, ob diese Regelung letztlich nicht nur Sparzwecken dient, denn auf jeden Fall sollen „neue“ nunmehr nicht mehr Erwerbslose, „ehemalige Erwerbslose mit Nebentätigkeiten“, Menschen im ökologischen und sozialen Jahr und bisherige Kurzarbeiter und WinterausfallgebezieherInnen mit mehr als geringfügigen Beschäftigungen und natürlich Beschäftigte mit mehreren mehr als geringfügigen Beschäftigungen in die Arbeitslosenversicherung ein. Sie alle gelten aber gleichzeitig nicht mehr arbeitslos und werden unabhängig davon, ob ihre Einkommen



zur Existenz ausreichen, aus dem Bezug von Lohnersatzleistungen gedrängt.

Verlust von Bürgerrechten

In der Zukunft sollen Erwerbslose und gleichzeitig auch Erwerbstätige ihre Bürgerrechte zur freien Berufswahl, des Berufs- und Qualifikationsschutzes beraubt werden. Die individuelle Zumutbarkeit ist dann gesetzlich bestimmt und liegt zudem im Ermessen des Arbeitsvermittlers. Einem Erwerbslosen sind alle seiner Arbeitsfähigkeit entsprechenden Beschäftigungen zumutbar.

In den ersten drei Monaten ist eine Minderung des Arbeitsentgeltes um mehr als 20% und in den folgenden drei Monaten um mehr als 30% nicht zumutbar. Vom siebten Monaten an ist eine Arbeit einem Erwerbslosen nur dann nicht zumutbar, wenn das zu erwartende Nettoarbeitsentgelt weniger ist als das Arbeitslosengeld (oder die Arbeitslosenhilfe). Außerdem sind bei Teilzeittätigkeiten von bis zu 6 Stunden zweieinhalb Stunden Arbeitsweg, bei anderen Tätigkeiten sind Arbeitswege von x Stunden nur dann nicht zumutbar, wenn sie im Vergleich zur Arbeitszeit unverhältnismäßig lang sind. Wenn in einer Region verhältnismäßig lange Pendelzeiten üblich sind, bilden diese den Maßstab. Auch sind Beschäftigungen nicht schon deshalb unzumutbar, weil sie befristet sind, vorübergehend eine getrennte Haushaltsführung verlangen oder nicht zu Kreis der Tätigkeiten gehören, für die der Arbeitnehmer ausgebildet wurde oder die er bisher ausgeübt hat. Die neue Vorschrift sieht keinen Qualifikations- und Berufsschutz mehr vor.

Da nach sieben Monaten Erwerbslosen die Arbeitnahme von Arbeit mit einem Verdienst in der Höhe ihres Arbeitslosengeldes zugemutet wird und der dort erzielte Verdienst unter Umständen für einzelne Betroffene dann wieder eine neue Bemessungsgrundlage für das Arbeitslosengeld dargestellt, ist der Weg in prekäre bzw. unsichere Beschäftigung mit unzureichendem Arbeitsschutz oder/und in die Sozialhilfe für viele Betroffene vorprogrammiert...

Die „europäischen Märsche“

Vom 15. April bis 15. Juni: gegen Erwerbslosigkeit, ungeschützte Beschäftigung und Ausgrenzung

Märsche von Erwerbslosen und Unterstützern werden vom 15. April bis zum 15. Juni 1997 aus ganz Europa nach Amsterdam ziehen und mit einer europaweiten Großdemonstration abschließen. Dort tagt Mitte Juni die EU-Regierungskonferenz zur Umsetzung der Maastrichter Verträge für die Europäische Währungsunion.

Im Florentiner Appell für die Märsche heißt es: „Zwanzig Millionen Menschen sind heute in der Europäischen Union offiziell als arbeitslos registriert, und 50 Millionen leben in Armut... Während einerseits der Rassismus verschlimmert und die soziale Ungleichheit vergrößert werden, geht gleichzeitig die Konzentration des Reichtums, der Produktionsmittel und des Bodens in den Händen von immer weniger weiter. Diese Situation ist unerträglich.“

Die Aktion wird von Erwerbsloseninitiativen, Gewerkschaftsorganisationen und politischen Organisationen aus Belgien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Irland, den Niederlanden, Österreich, Schweden, der Schweiz und Spanien unterstützt. Die Märsche werden auch Länder Osteuropas einbeziehen. Die Marschetappen werden genutzt, um mit vielfältigen Aktionen (Proteste,

Veranstaltungen...) die Forderungen des Aufrufs bekannt zu machen.

Eine europäische Auftaktkonferenz findet am 22. und 23. Februar in Brüssel statt. Am 12. Januar tagt die deutsche Koordination in Hannover (11 Uhr, Raschpavillon)...

Presseerklärung des „Bündnis Sternmarsch gegen Sozialabbau, c/o AStA Uni Bonn, Nasenstr. 11, 53113 Bonn, vom 12.12.1996.

In der BRD gehören zum Unterstützungskreis u.a. von:

AliDO Arbeitsloseninitiative Dortmund, ALSH „Wir“ Köln, ALSO Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg, Arbeitsloseninitiative Mannheim, Basta-Initiative Mannheim, Betriebsrat Babcock Montagegerätetechnik, Bündnis Sternmarsch gegen Sozialabbau, EBF Europäisches Bürgerforum, Express, Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e.V. GBM, ÖTV-Arbeitslosenausschuß Dortmund, PDS-Bundestagsgruppe, Regionalverbund Weser-Ems der Erwerbsloseninitiativen, RSB (Revolutionär-Sozialistischer Bund), SAV (Sozialistische Aktion Voran), SoZ (Sozialistische Zeitung) sowie zahlreichen Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern.)

Kontakt über: Express, Postfach 102062, Offenbach, Tel. 069-886006, Fax 069-8321116.

Siehe auch Seite 12 dieser Ausgabe!

Ein Zentrum für großdeutsche Volksgruppenpolitik

„Europäisches Zentrum für Minderheitenfragen“ (EZM) in Flensburg gleich nach Eröffnung unter Beschuß. Nach Buchveröffentlichung sind Maßnahmen gefordert.

Flensburg. Direkt zur Eröffnung des „Europäischen Zentrums für Minderheitenfragen“ (EZM) am 4. Dezember 1996 wurden von einem Autorenkreis Recherchen über die dort verfolgten Zielsetzungen veröffentlicht. Dem EZM, das „Konfliktvermittlung an ethno-politischen Brennpunkten des Kontinents betreiben will“, werden unter anderem Vorbereitungen zur Destabilisierung fremder Staaten vorgeworfen. In der Veröffentlichung wird außerdem auf zahlreiche Verbindungen zwischen dem EZM und faschistischen, antisemitischen und rassistischen Kreisen aufmerksam gemacht. Die Publikation stützt sich auf diverse Dokumente des Auswärtigen Amtes, des Bundesministeriums des Innern und von mehreren angeblichen privaten Minderheitenorganisationen, denen subversive Auftragsarbeit für den deutschen Staat und „die ethnische Parzellierung Europas“ zur Last gelegt wird.

Auf der „Suche nach Antworten“ führen die Autoren in die „verdeckten Bereiche der deutschen Außenpolitik“, öffnen das „Kontinuum der deutschen Geschichte“, und zeigen „Spuren, die direkt und unmittelbar zu den Katastrophen des deutschen Blutwahns führen. Wegen seiner Irrationalität belächelt, wurde er zweimal mit dem deutschen Wirtschaftspotential legiert, um seine barbarischen Kräfte industriell zu entfalten.

Es wäre verhängnisvoll, diese Blutvorstellungen der deutschen Volksgruppen- und Minderheitenpolitik ein drittes Mal zu unterschätzen.“

Die Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen (FUEV)

Die operativ tätige FUEV ist unter maßgeblicher Beteiligung hochrangiger NS-Krimineller gegründet worden, die bereits vor und während des Faschismus

grenzt die FUEV-Konvention sämtliche der in Deutschland seit Jahrzehnten lebenden Minderheiten aus, sofern sie nicht die Deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. Für die übrigen, vor allem außerhalb Deutschlands vermuteten „völkischen Gemeinschaften“ der „traditionellen Volksgruppen“ verlangt die FUEV das Recht auf autonome Gesetzgebung und Vollziehung, wo immer möglich in Form einer Territorialautonomie.“

Das Material zur FUEV ist erdrückend. Die Autoren haben nicht zuletzt auf zitierfähige Aussagen aus dem Ausland Wert gelegt. Das ausländische Urteil ist vernichtend.

Als Fundament der FUEV konnte der Bund deutscher Nordschleswiger (BdN) ausgemacht werden. Wegen der deutsch-dänischen Minderheitenerklärungen von 1955 kann der BdN ganz offiziell mit Millionensummen subventioniert werden, die zwar auch Kindergärten und Schulen finanzieren, vor allem aber eine politische und personelle Infrastruktur unterhalten. In der FUEV sammelt sich jenes Konfliktpotential, das dem EZM zugeführt werden soll. Bei den mehr als 80 Mitgliedsverbänden dominieren die „deutschen Volksgruppen in Europa“ und besetzen mehrheitlich die Führungspositionen. Neben dem BdN u.a. die Südtiroler Volkspartei und der Sudetendeutsche Rat.

Das Europäische Zentrum für Minderheitenfragen (EZM)

In mehreren Planungsjahren hatten das Auswärtige Amt sowie die Abteilung Vt III des Bonner Innenministeriums („Vertriebene, Aussiedler, Ostdeutsche Kulturarbeit“) an einer deutschen Minderheitenzentrale mit europäischen Anstrich gearbeitet. Ihr Konzept ist schlicht, dafür aber kriegstauglich und in sofern mehrfach erprobt: Deutschland als Schutzmacht sämtlicher Minderheiten Europas, die nach der FUEV-Begriffswelt 101 Millionen Menschen umfassen und in 283 Gebieten siedeln – sämtlich Teile bestehender Nationalstaaten. Wenn sie zerfallen, weil zwischen den 100 nach Rasse und Blut definierten Millionen und der jeweiligen Mehrheitsbevölkerung Konflikte aufbrechen, „die die Gewaltschwelle überschritten haben“ (Originalton EZM), soll in Flensburg über „Territorialautonomie“, sogenannte neue Grenzziehung, entschieden werden. Bei der Besetzung der leitenden Positionen haben sich Auswärtiges Amt und BMI u.a. auf folgende Personen verständigt, die diese Aufgabe wahrnehmen sollen:

So EZM-Direktor Stefan Troebst, ein „Ethno-Politiker“ in der schlimmsten (biologisch-rassistischen) Tradition dieses Wortes. Darüber hinaus wird er von der griechischen Botschaft in der BRD vorbereitender Subversionsmaßnahmen beschuldigt.

Dann Rainer Hofmann, EZM-Vorstandsmitglied, eng mit dem BMI und den „Vertriebenen“-Verbänden verknüpft, personelle Kontakte zum Rechtsextremismus. Hofmann propagiert ein „Volksgruppenrecht“ auf Spaltung der Staaten, Verschiebung von Grenzen und Staatenneugründungen mit biologistischen Argumenten.

Die Autoren richten sich an europäische diplomatische Kreise, um u.a. darauf aufmerksam zu machen, daß FUEV-Kontaktleute bereitstehen, einen Teil der 100 Millionen ECU (190 Millionen

DM) umzuleiten, die im Rahmen des EU-Programms INTERREG II C zur Verfügung stehen.

Erste Reaktionen

Landtagsabgeordneten in Kiel wurde die Publikation unmittelbar zugestellt. Erste Stellungnahmen kamen vom Bündnis 90/Die Grünen.

In einem Interview äußert sich ihr Landtagsabgeordneter Detlef Matthiessen. Angesprochen auf die Zielsetzungen Hofmanns lehnte Matthiessen das von Hofmann propagierte „Recht auf Sezession“ oder „das Recht gar auf gewaltsame Bildung von neuen Staaten ab. Das würde Vorläufer der Nazi-Ideologie rehabilitieren, die Minderheiten 'völkisch', biologisch definierten. Mit den bekannten Folgen. Solche Rechtsauffassungen sind sowohl mit den Erfahrungen der Geschichte als auch mit dem praktischen gesellschaftlichen Zusammenleben unvereinbar. Das ist in der Tat sehr gefährlich. Einer Person, die solche Auffassungen vertritt und zudem noch Mitglied im Vorstand des Minderheitenzentrums ist, muß man außerordentlich kritisch begegnen.“ Er bezeichnete die FUEV „als äußerst problematische Organisation“. Und „wenn diese Informationen zutreffen, müßten auch die Aktivitäten des BdN in Frage gestellt werden.“ Nach Angaben Matthiessens wird sich jetzt die Landtagsfraktion mit dem Fall beschäftigen.

Geklärt werden können die Vorwürfe aber nur in einem Untersuchungsausschuß und letztlich die Frage, warum der Gewalttheoretiker Hofmann von der Landesregierung auf den Vorstandsposten berufen werden konnte.

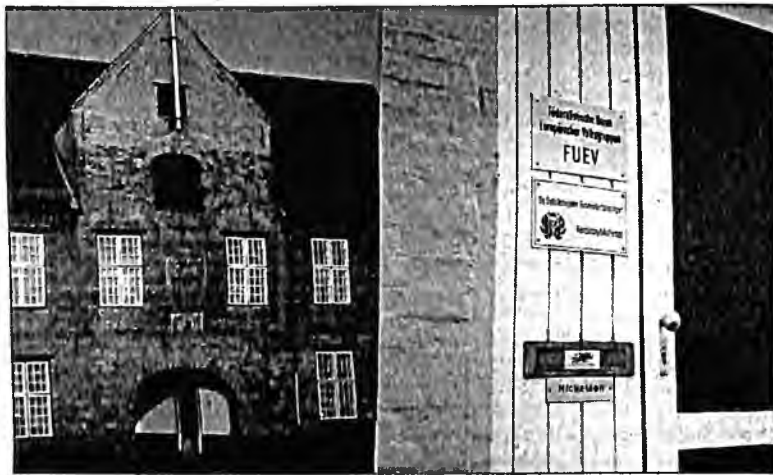
Da für die Einrichtung des EZM nicht nur Finanzmittel von Bund und Land sondern auch vom Dänischen Staat bereitgestellt wurden, wird sich dort um Öffentlichkeit bemüht und momentan Kontakte zur Rot-Grünen Einheitsliste Dänemarks geknüpft. (rua)

Walter von Goldendach/Hans-Rüdiger Minow/ Martin Rudig: Von Krieg zu Krieg. Die deutsche Außenpolitik und die ethnische Parzellierung Europas. Vorwort von Pierre Galois, Verlag 8. Mai, 1996. ISBN 3-931745-02-03

Weitere Quellen: Pressemitteilung des Verlages; Interview in „junge Welt“ vom 12.12.96; „Deutsche Schutzmacht für Europas „Volksgruppen“, in „junge Welt“ vom 4.12.96)



Auf dem schleswig-holsteinischen Landtagstorum über Minderheiten 1991 montierte der damalige FUEV-Präsident Mitterdorfer, Abgeordneter der Südtiroler Volkspartei, das „staatlischen Denken“ im „Territorialprinzip“. Zurückkehrt werden müssen zu einem „personenverbandsrechtlichen Denken früherer Zeiten“. Er forderte eine „Rechtspersönlichkeit der jeweiligen Volksgruppe, die je nach Lage auch mit einer territorialen Autonomie verbunden sein kann.“



Vom Flensburger EZM und der 300m entfernt aus operierenden FUEV soll die deutsche Neuordnung Europas, wie sie in Jugoslawien zündete, in Serie gegeben werden.

Traditionen deutscher Außenpolitik

Einleitend, mit dem Hinweis auf ausländische Beobachtung der Ereignisse in Jugoslawien, stellen die Autoren fest: „Wohl niemand hätte 1991 geglaubt, daß der 'deutsche Archaismus' von 1939 nach Europa zurückkehren könnte, und sich dabei seiner alten Mittel bedient: der Minderheiten, die ganze Staaten aufbrechen können, wenn man sie mit entsprechenden Theorien auflädt.“

Noch unglaublicher wäre es 1991 gewesen, eine Berliner Minderheitenpolitik vorherzusagen, die nicht nur die deutschsprachigen Minderheiten heranzieht, sondern sich sämtliche Minoritäten Europas in angeblich unabhängigen Organisationen unterstellt.

Und doch ist die deutsche Außenpolitik im Begriff, daß entsprechende Konfliktpotential in Frankreich und Polen, in Großbritannien und Griechenland, in Rumänien und Rußland, in Belgien ebenso wie in Italien oder Ungarn zu systematisieren, auf seine Einsatzfähigkeit zu prüfen, und in Gebrauch zu nehmen. Von dieser Politik künden die aufwändigen Aktivitäten zahlreicher Institutionen und Verbände, unter denen die 'Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen' (FUEV) einen besonderen Platz einnimmt. Davon kündete auch der seit 1990 vorbereitete und im Dezember 1996 vollzogene Arbeitsbeginn eines 'Europäischen Zentrums für Minderheitenfragen' (EZM).“

„Volksgruppen“-Politik betrieben hatten. Mit Hilfe verdeckter Zahlungen mehrerer Bonner Ministerien rekonstruierte sie ihre Subversionspolitik, um seit 1961 die verbrecherischen Thesen rassistischer, antisemitischer Blutideologie erneut zu bearbeiten. Im Milieu eines unverhüllten und militanten Rechtsextremismus zogen zahlreiche FUEV-Funktionäre die Fäden. Ideologische Grundlage bietet ihr 1970 erschienenes „Handbuch der europäischen Volksgruppen“. So existieren laut FUEV in Europa diverse Volksrassen unterschiedlicher Blutsreinheit, z.B. die Basken. Ihr „Rassetyp“ oder „ethnischer Typus“ sei durch eine bestimmte Schädelform charakterisiert. Dieser grob rassistischen FUEV-Veröffentlichung in ungebrochener NS-Tradition schreibt der heutige FUEV-Generalsekretär Armin Nickelsen einen „Großen Erfolg“ zu. Die Stelle des FUEV-Generalsekretärs wird von der Landesregierung Schleswig-Holstein bezahlt!

1989 war es der FUEV gelungen, in Straßburg als „regierungsunabhängige Organisation“ aufzutreten und beratenden Status beim Europarat zu erlangen. Seit 1995 sogar den Beobachterstatus bei der UNO.

Die auch auf diese Gremien ausgerichtete „Volksgruppen“-Arbeit führte auf einem FUEV-Kongreß 1992 zur weiteren Zuspitzung von Rechtsforderungen, die in einer Konvention aufgeführt wurden. Gemäß der Definition des Bundesministeriums des Innern – nach Fickelmeier völkerrechtswidrig –

Peru – Die Besetzung der japanischen Botschaft durch den MRTA

Das Regime will nicht nachgeben / Keine Änderung bei den Haftbedingungen der politischen Gefangenen

In der seit einiger Zeit von der Weltöffentlichkeit vergessenen Phase der als Konsolidierung ausgehenden Repression gegen die Bevölkerung Perus hat die revolutionäre Bewegung Tupac Amaro (MRTA) einen propagandistischen Coup ersten Grades gelandet; in einer elegant geplanten Aktion besetzten sie die japanische Botschaft und gaben Erklärung zur innenpolitischen Situation ab.

Nicht nur, daß man dadurch wußte, wer sich alles bei solch einer Diplomaten-Fete herumtreibt, sondern die Aufmerksamkeit wurde auch die extrem schlimme Situation in den Kerkern des Landes gelenkt.

„Die politisch-militärische Operation 'Das Schweigen brechen, das Volk will daß die Gefangenen freikommen' hat mit Erfolg die erste Phase abgeschlossen,“ so das Kommando in dem Kommuniqué Nr. 3. „Hunderte von Persönlichkeiten werden in Folge der Operation als Kriegsgefangene festgehalten. Unter ihnen befinden sich hohe Funktionäre der peruanischen Regierung, Repräsentanten des Justizministeriums, hochrangige Militärs, die die direkte Verantwortung für Menschenrechtsverletzungen und den Staatsterrorismus tragen, die Repräsentanten diverser ausländischer Botschaften, prominente Persönlichkeiten sowie nationale und internationale Unternehmer.“

Die Freilassung zahlreicher Besucherinnen dieses Empfangs in der japanischen Botschaft wurde offenbar von der peruanischen Regierung nicht gewürdigt: „Diese Zeichen des guten Willens werden von der peruanischen Regierung und einigen anderen Regierungen als Zeichen der Schwäche interpretiert, die eine militärische Lösung anstreben und damit in unverantwortlicher Weise das Leben der Geiseln aufs Spiel setzen.“

Dieser schwerwiegende Fehler bedroht die physische Integrität der Kriegsgefangenen.“

Parallel zu der Aktion waren die Gefangenen aus der Bewegung MRTA in den Knästen Perus in einen Hungerstreik getreten, um gegen ihre „inhumanen und entwürdigenden Haftbedingungen“ zu protestieren – deren Kerkerbedingungen sind oftmals, im Gegensatz zu den Gefangenen des teilweise besser bekannten „Sendero Luminoso“, härter d.h. ausgeklügelten Isolationsystem unterworfen; sie haben sich – im Gegensatz zum „Leuchtenden Pfad“ – nicht auf Kompromisse mit dem Regime eingelassen.

„Die Nationale Leitung der MRTA unterstreicht ihre Bereitschaft, eine politische Lösung für die schweren politischen und ökonomischen Probleme Perus zu finden. Aber in dem Umfang, in dem die Regierung hierfür Möglichkeiten verbaut, die Besetzer der Botschaft durch den Entzug von Strom, Wasser, Telefon und Lebensmitteln bedroht und ein militärisches Eingreifen vorbereitet, hat die nationale Leitung, sollte von Fujimori der Befehl hierfür gegeben werden, ihren speziellen Einsatzkräften den Befehl gegeben, im gesamten nationalen Territorium ökonomische und militärische Ziele anzugreifen. Das bedeutet, daß für alles, was von jetzt an passiert, allein die peruanische Regierung die Verantwortung trägt.“

In den Verhandlungen ist bislang keine Lösung erkennbar geworden, eine Freilassung der politischen Gefangenen weder signalisiert worden noch eine nationale Konferenz zur Lösung der Probleme, analog dem Beispiel Guatemalas, in Sicht.

So bleibt der Slogan des MRTA bestehen:

„Con las masas y las armas – patria o muerte – venceremos!“ (mc)

Cuba: 1997 steht in Cuba ganz im Zeichen des Gedenkens an Che Guevara. Der Volkskongreß beschloß zum Abschluß seiner Sitzungsperiode, das Jahr 1997 mit dem Titel „Jahr des 30. Jahrestages des Todes im Gefecht des heldenhaften Guerrilleros und seiner Kameraden“ zu schmücken. Parlamentspräsident Ricardo Alarcon bezeichnete Guevara als „Beispiel für Internationalismus und Cubanertum.“ (Foto: AP)



Cubas Parlament billigt „Anti-Helms-Burton-Gesetz“

Der cubanische Volkskongreß hat ein „Gegengesetz“ zum amerikanischen Helms-Burton-Gesetz verabschiedet. Damit werden die im März 1996 vom US-Kongreß beschlossenen Bestimmungen, die für Firmen, die mit Cuba Geschäfte betreiben mit Sanktionen belegen, für illegal und nichtig erklärt. Das vom Volkskongreß verabschiedete Gesetz sieht Strafen für die Weiterleitung von Informationen vor, die den USA bei der Anwendung des Helms-Burton-Gesetzes dienen können.

Ebenso können nun Cubaner und Cubanerinnen, die sich als Opfer der Diktatur unter Batista (1952-1958) oder „jedweder anderer von Washington unterstützter Aktionen“ fühlen, in Cuba künftig vor Gericht ziehen.

Auch Kanada hat nun seine Unternehmen, die Handel mit Cuba treiben, vor den Auswirkungen des Helms-Burton-Gesetz geschützt. Durch eine Änderung des kanadischen „Foreign Extraterritorial Measures Act“ können die betroffenen Firmen seit Beginn dieses Jahres alle Strafen, die sie wegen des Handels mit Cuba in den USA zahlen müssen, wieder vor kanadischen Gerichten einklagen.

Südkorea: Erneuter Generalstreik gegen Arbeitsgesetz

Mit der Wiederaufnahme ihrer Streiks nach den Neujahrs-Feiertagen haben die Gewerkschaften in Südkorea ihren Protest gegen das neue Arbeitsgesetz fortgesetzt. Mehrere tausend Arbeiter und Arbeiterinnen versuchten in der Silvesternacht eine Zeremonie zu stören, bei der traditionell das neue Jahr eingeleitet wird. Die Demonstranten forderten neben der Aufhebung des Arbeitsgesetzes den Rücktritt von Präsident Kim Young Sam. Nach Angaben des zweitgrößten, aber verbotenen Gewerkschaftsbundes KCTU werden sich ab dem 6. Januar weitere 230.000 Arbeiter und Arbeiterinnen dem Streik anschließen. Ab dem 7. Januar werden die Streiks auf Krankenhäuser, Rundfunkanstalten und andere öffentliche Einrichtungen ausgedehnt. Dazu unterstützend hat der größte südkoreanische Gewerkschaftsdachverband für den 11. Januar zu einem zweiten Generalstreik aufgerufen, an dem sich 1,2 Millionen Arbeiter und Arbeiterinnen beteiligen sollen.

Liverpool: Weltweiter Dockerstreik am 21. Januar

Für den 21. Januar haben verschiedene Gewerkschaften und Organisations-

nen zu weltweiten 24-stündigen Streiks der Hafenarbeiter aufgerufen. Unterstützt werden soll damit der nun schon seit 15 Monaten andauernde Streik der Hafenarbeiter von Liverpool. 15 verschiedene Hafenarbeitergewerkschaften und die Internationale Tarnsportarbeiter-Förderung (ITF) unterstützen den Plan. Daß die ITF sich klar für den Solidaritätsstreik ausgesprochen hat, wird von den Liverpools Kollegen und Kolleginnen besonders begrüßt. Bisher hatte sich die ITF zurückhaltend geäußert. Besonders wichtig wird für die erfolgreiche Umsetzung der Aktion, daß die ITF dafür sorgen will, daß in den Häfen von Amsterdam, Rotterdam, Hamburg und Bremerhaven nichts mehr läuft. Von diesen Häfen starten die großen Atlantic-Linien ACL, CASZ und ManCar in die USA.

Guatemala: Explosive Stimmung wegen Transportstreik

(Guatemala-Stadt, cerigua-Poonal). – Mitglieder von Gewerkschafts- und Volksorganisationen warnen vor einer sozialen Explosion, falls die Hauptstadtbehörden dem Druck der TransportunternehmerInnen stattgeben, die Fahrpreise zu erhöhen. Die UnternehmerInnen legten am 17. Dezember den Personentransport durch einen Streik lahm. Ihre „Koordination für den städtischen Transport“ will eine Preiserhöhung um 18 Centavos durchsetzen. Tausende Guatemalteken suchten auf den Strassen der Hauptstadt nach einem Fahrzeug, das sie zu ihren Arbeitsplätzen bringen könnte. Präsident Alvaro Arz analysierte zusammen mit dem Innen- und dem Verteidigungsminister die Möglichkeit, den Transport zu militarisieren und einen Haftbefehl gegen die TransportunternehmerInnen auszusprechen. Die GegnerInnen der Fahrpreiserhöhungen aus dem Gewerkschaftsbereich stimmen darin überein, daß eine Genehmigung zu Aufruhr wenige Tage vor dem Abschluss des endgültigen Friedensabkommens zwischen Guerilla und Regierung am 29. Dezember führen wird. Mario Polanco von der Gruppe für gegenseitige Hilfe von Familienangehörigen Verhafteter und Verschwundener (GAM) erklärte, die Bevölkerung in extremer Armut werde am meisten von einer Fahrpreiserhöhung betroffen, da die Mindestlöhne nicht angehoben seien und es keine angemessene Politik gegenüber den allgemeinen Preiserhöhungen gebe. Für Jose Pinzon von der Allgemeinen ArbeiterInnenzentrale Guatemalas (CGTG) erklärt die Regierung den Ärmsten den „Krieg“, indem sie die Preiserhöhungen bei Treibstoff, Strom, Propagas, Trinkwasser und jetzt möglicherweise im Transportwesen zulässt. (Zusammenstellung: hav)

Türkei wegen Folterung verurteilt

EU-Gericht: Türkischer Staat muß an kurdische Familie Schadensersatz wegen Folter ihres Sohnes zahlen

Gleich zwei Mal hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte am 18. Dezember Urteile gegen die türkische Regierung bzw. den türkischen Staat verkündet.

In dem einen Fall hatte eine kurdische Familie geklagt, deren Sohn Zeki Aksoy von Schergen des Regimes gefoltert und getötet worden war. Der damals 29-jährige Zeki Aksoy war Ende November 1992 wegen des Vorwurfs der Unterstützung der PKK festgenommen worden. Er blieb 14 Tage am Sitz der Sicherheitspolizei in Kiziltepe (Türkisch-Kurdistan) in Haft. In dieser Zeit durfte er weder mit einem Anwalt noch mit seinen Angehörigen oder mit einem Arzt Kontakt aufnehmen und wurde grausam gefoltert, u.a. durch Aufhängen an den Armen, Schläge und Elektroschocks an den Genitalien. Als er am 8. Dezember 1992 einem Staatsanwalt vorgeführt wurde, wies er infolge der Folterungen Lähmungserscheinungen an beiden Armen auf. Nach seiner Freilassung wurde er in ein Krankenhaus gebracht, doch seine Arme blieben gelähmt. Anfang 1994 wandte sich Aksoy an die Menschenrechtskommission in Straßburg,

zwei Wochen später, im April 1994, wurde er von zwei Männern erschossen. Der Menschenrechtsgerichtshof stützte sich in seinem Urteil im wesentlichen auf Ermittlungen des Menschenrechtskommission des Europarats und verurteilte die Türkei wegen „schwerer und grausamer Folter“ zu umgerechnet rund 116.000 DM Schmerzensgeld und der Erstattung der Gerichtskosten, zu zahlen an die Eltern von Zeki Aksoy.

In einem zweiten Urteil gab der Gerichtshof der Klage einer griechischen Zypriotin statt, der seit der Invasion türkischer Truppen auf Zypern im Sommer 1974 der Zugang zu ihrem Landbesitz verwehrt wird. Der Gerichtshof lehnte die türkische Position, die Klägerin sei von der – international nie anerkannten – „Türkischen Republik Nordzypern“ enteignet worden, zurück und forderte die Türkische Regierung auf, binnen sechs Monaten Vorschläge für eine angemessene Entschädigung der Frau zu unterbreiten. Da ziemlich viele griechische Zyprioten nach der türkischen Besetzung ihr Land verloren haben, könnte dieses Urteil für die türkische Republik sehr teuer werden. (rül)

Quelle: „Tagesspiegel“, 19.12.96

Welche Veteranen-Organisation in den Vereinigten Staaten vertreten Sie und was sind deren Ziele und Aufgaben?

Gary May: Der Bundesverband der Unterstützungsorganisationen von Veteranenfamilien (National Alliance of Veteran Family Service Organizations, NAVFSO) ist eine Mitgliederorganisation. Wir setzen uns ein für die Ausweitung der staatlichen Unterstützung auf die Familien von Veteranen, und wir verbreiten Informationen unter politischen Entscheidungsträgern über Art und Umfang der Probleme und Nöte von Veteranenfamilien.

Dem Vorstand gehören sechs Mitglieder aus allen Teilen des Landes an; ich sitze ihm vor. Wir haben reguläre Sitzungen, meist mittels Konferenzschaltung, um unsere Politik zu entwickeln und die Ergebnisse zu überprüfen. Wir haben ein Büro in Washington, D.C., besetzt mit einem amtierenden Direktor, einem Verwaltungsassistenten und mehreren Beratern, die zeitlich begrenzt zur Unterstützung herangezogen werden.

Gibt es andere Veteranenorganisationen, die vielleicht gegensätzliche Ziele verfolgen?

Gary May: Es gibt einige (darunter z.T. „traditionelle“ Veteranenverbände, die sich nach dem 2. Weltkrieg gebildet haben), die unsere Arbeit als Bedrohung für bestehende Vergütungen und Unterstützungen für Veteranen betrachten. Sie gehen im wesentlichen davon aus, daß der Bereich der finanziellen Unterstützung von Veteranen ein Nullsummenspiel sei – wenn jemand „Neues“ Leistungen erhält oder „neue“ Leistungen übernommen werden, werde das auf Kosten bestehender Programme und Leistungen gehen.

Im allgemeinen sind aber Vietnamveteranen und ihre Organisationen ebenso wie wir der Meinung, daß die Leistungen sich auch auf die Familien von Veteranen erstrecken müssen.

In Deutschland ist wenig bekannt über die derzeitige Situation und die Probleme von Vietnamveteranen in den USA. Die Auffassung scheint verbreitet, daß darunter viele ehemalige Drogenabhängige sind, die keine angemessene Arbeit finden. Wie ist die tatsächliche Situation?

Gary May: Die meisten Veteranen haben sich nach ihrer Militärzeit gut zurechtgefunden.

Das Bild vom drogenabhängigen, verwirrten Psychopathen war weitgehend eine Hollywood-Schöpfung. In Wahrheit hatte die Mehrheit der Veteranen die ganze Zeit über keine derartigen Probleme.

Es gibt aber eine beträchtliche Minderheit (Schätzungen gehen von 10 Prozent bis 30 Prozent aus) von Veteranen insbesondere aus den kämpfenden Einheiten mit anhaltenden massiven Problemen. Diese Veteranen leiden unter posttraumatischer Streßbelastung, gekennzeichnet durch intensive Erinnerungen an den Krieg und durch Schwierigkeiten in zwischenmenschlichen Beziehungen.

Das führt dazu, daß diese Leute so denken, fühlen und manchmal auch so handeln, als wären sie wieder in der Kampfsituation. Ihre Fähigkeit, sich zu betätigen und das Leben zu genießen, ist reduziert.

Das Durchschnittsalter der Vietnamveteranen liegt jetzt bei 49 Jahren. Es sind etwa 11 Millionen, d.h. die größte Gruppe aller Veteranen, sind also inzwischen zahlreicher als die Teilnehmer am 2. Weltkrieg.



Foto: Gary May

Die behinderten Kinder der Vietnamveteranen

Interview mit Gary May, Vorsitzender des amerikanischen Veteranen-Familienverbandes (NAVFSO). Von Michael Friedrichs

Viele haben wichtige Führungsfunktionen in der Regierung und in der Wirtschaft inne.

Soviel man bei uns weiß, hatten die verschiedenen Gifte, die die USA in Vietnam verbreitet haben, eine schädliche Wirkung nicht nur auf die vietnamesische Bevölkerung, sondern auch auf die Amerikaner, die damals in Vietnam waren. Was ist heute in den USA darüber bekannt?

Gary May: Viele Vietnam-Veteranen haben beklagt, daß sie Gesundheitsprobleme haben, die damit zusammenhängen, daß sie Agent Orange ausgesetzt waren, einem Pflanzengift, das in Vietnam versprüht wurde.

Solche Klagen beziehen sich auf Hautausschlag, Krebs, unklare neurologische Beschwerden, Haarausfall und anderes.

Die Regierung hat mehrere Untersuchungen der medizinischen Literatur, Forschungsprogramme und wissenschaftliche Konferenzen finanziert, um Antworten auf die Fragen nach der Wirkung von Agent Orange auf dem Menschen zu finden.

Die Ergebnisse waren meist widersprüchlich.

Man hat auch die Frage gestellt, wie zweckmäßig es ist, wenn die Regierung ihre eigene Tätigkeit untersucht.

Vor einige Jahren hat das US-Department für Veteranenangelegenheiten damit begonnen, Veteranen Leistungen für Krankheiten zuzugestehen, von denen die Wissenschaft vermutet, daß sie in Verbindung mit einer Belastung durch Agent Orange stehen.

Es hat vielen Veteranen auch große Sorgen bereitet, daß nach Vietnam geborene Kinder unter unerklärlichen Geburtsfehlern litten, vor allem Spina bifida (Spaltbildung der Wirbelsäule) und andere Entwicklungsstörungen. Diese Veteranen behaupten, daß ihre Belastung mit Agent Orange irgendwie die Geburtsfehler bei ihrem Kind oder ihren Kindern verursacht hat.

Könnten Sie genauer auf die Schädigung der Gesundheit von Kindern von Vietnamveteranen eingehen? Welche Auswirkungen wurden festgestellt, welche Ursachen wurden bisher erkannt oder vermutet?

Gary May: Im März dieses Jahres kam das Medizinische Institut der Bundesakademie der Wissenschaften zu dem Ergebnis, daß es „begrenzte Hinweise“

dafür gebe, daß die Belastung von Veteranen mit Agent Orange in Vietnam mit dem späteren Auftreten von Spina bifida bei ihren Kindern in Beziehung stünde. Der gleiche Literaturbericht kam zu dem Ergebnis, daß es die gleichen Hinweise auch auf eine Verbindung mit peripheren Nervenleiden und Prostatakrebs bei Veteranen gebe.

Im Mai hat Präsident Clinton angekündigt, daß das US-Department für Veteranenangelegenheiten künftig auch Leistungen an Veteranen mit peripherer Neuropathie und Prostatakrebs finanzieren würde.

Damit kommen diese beiden Krankheitsbilder zu den sieben anderen hinzu, bei denen bereits eine Verbindung mit Agent Orange besteht.

Ferner kündigte der Präsident im Mai an, daß auch Kinder mit Spina bifida, deren Eltern(teil) in Vietnam mit Agent Orange belastet wurde, Leistungen erhalten sollen.

Diese Ankündigung war von monumentaler Bedeutung, denn es ist das erste Mal, daß eine Regierung die Ausweitung von Leistungen auf Veteranenkindern vorgeschlagen hat.

Vor einigen Wochen hat unser Verband einen grundlegenden politischen Erfolg erzielt. Der amerikanische Kongreß verabschiedete ein Gesetz, wonach Kinder von Vietnamveteranen, die an Spina bifida leiden, staatliche Unterstützungsleistungen erhalten.

Die Leistungen umfassen eine Entschädigung von bis zu 1.200 Dollar im Monat, Finanzierung einer Berufsausbildung, Pflegekosten und medizinische Versorgung.

Das Gesetz tritt am 1. Oktober 1997 in Kraft.

Der Beschluß wurde gegen den Widerstand des Präsidiums des Repräsentantenhauses und des Senatsausschusses für Verteidigungsangelegenheiten gefaßt.

Wir sehen darin einen wichtigen Erfolg unserer Aufklärungsarbeit.

Die Kinder von Vietnamveteranen haben offenbar ein erhöhtes Risiko bei einer Reihe von gesundheitlichen Störungen, darunter Lernschwierigkeiten, neurologische Störungen, Hautkrankheiten und vieles andere.

Es gibt aber noch keinen breiten Konsens darüber, daß

(1) diese Schädigungen häufiger als im statistischen Durchschnitt auftreten, (2) sie irgend etwas mit dem Veteranenstatus ihrer Eltern(teile) zu tun haben; oder (3) daß sie irgend etwas mit Agent Orange zu tun haben.

Was sind die wichtigsten Forderungen in dieser Hinsicht?

Gary May: Wir treten dafür ein, daß Veteranenkindern mit Spina bifida, deren Eltern(teile) in Vietnam mit Agent Orange belastet wurden, das gleiche Recht auf Leistungen und Entschädigungen erhalten müssen wie jeder im Dienst verwundete Veteran. Das jetzt beschlossene Gesetz geht nicht so weit, ist aber ein guter Anfang.

Wie ist die Reaktion der Regierung zu beurteilen?

Gary May: Die Regierung versucht, den Eindruck zu vermitteln, daß sie das Problem löst.

Viele Leute sind in dieser Hinsicht sehr mißtrauisch. Kürzlich hat das Verteidigungsministerium zugegeben, daß der Iran im Golfkrieg tatsächlich Chemiewaffen eingesetzt hat – jahrelang war das dementiert worden. Das gibt den Skeptikern Recht. Veteranen des Golfkriegs haben seit ihrem Dienst im Golf über zahlreiche Symptome geklagt, die schwer zu erklären sind.

Vom Widerstand zum politischen Entwurf

3. Parteitag von Rifondazione comunista

Vom 12. bis 15. Dezember berieten 900 Delegierte auf dem 3. Parteitag in Rom die künftige Politik der Partei der kommunistischen Neugründung (PRC).

Die Debatte und Beschlussfassung in den örtlichen Zirkeln und auf dem Parteitag selber liefen über zwei umfangreiche, alternative Leitstränge. Dabei erhielt der von Parteipräsident und Parteisekretär eingebrachte Antrag 85% der Stimmen, das Minderheitsdokument (von Vertretern verschiedener linker, trotzkistischer, aber auch traditioneller PCI-Strömungen) 15%.

Das zentrale Motto des Mehrheitsdokuments lautete: Vom Widerstand (im Sinne von Behauptung und Festigung der Partei) zum politischen Entwurf (im Sinne eines Plans für gesellschaftliche Veränderungen). Die erste Etappe nach der Neugründung 1991, in der es um die Behauptung der Existenz der Partei ging, ist gewonnen. Die Partei ist sozial und politisch verankert. Jetzt soll es verstärkt um die Erarbeitung einer Strategie für gesellschaftliche Veränderungen gehen. Die eigentliche „kommunistische Neugründung“, die in den letzten Jahren noch zu kurz kam, soll damit vorangebracht werden.

Haltung gegenüber der „Mitte-Links-Regierung“ Prodi

Der Parteitag billigte die Position von Rifondazione gegenüber der Regierung Prodi: diese gegenüber den Rechten parlamentarisch zu stützen (andernfalls hätte die Regierung keine Mehrheit), ohne aber selbst in die Regierung einzutreten; dabei die Unterstützung mit Bedingungen zu verknüpfen, um Einfluss auf die Regierungspolitik zu nehmen und Druck für Reformalternativen auszuüben. Die zentrale Aufgabe der Regierung soll die Schaffung von Beschäftigung sein, darunter die Bekämpfung der besonders hohen Arbeitslosigkeit im Süden. Die konkreten Forderungen dazu sind Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich und die „Schaffung einer neuen Produktions-sphäre aus nützlichen, außerhalb der Marktwirtschaft liegenden Arbeiten“ (die bislang kaum konkretisiert werden). Mit dem Kampf gegen die Arbeitslosigkeit stehe und falle die Regierung Prodi und auch die Unterstützung von Rifondazione für die Regierung. Beiden Aspekten – Arbeitszeitverkürzung und „sozial nützliche Arbeiten“ – wird über die aktuelle Bedeutung im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit auch eine strategische, antikapitalistische Bedeutung beigemessen, weil sie gegen

die Markt- und Unternehmenslogik gerichtet seien. Der „Aufbau einer neuen politischen Massenbewegung“ soll den nötigen Druck entwickeln und aus der allgemeinen Defensive herausführen.

Die Bedingungen für die Durchsetzung eines solchen Reformkurses seien im Innern wie international enorm schwierig, aber zu einem solchen Kurs gebe es keine Alternative. Jede andere Linie gegenüber der Regierung hätte die Partei zerrissen und auch nicht den hohen Reformernwartungen nach dem Wahlsieg vom April 1996 entsprochen. Als ein erster Erfolg dieser Politik wird das Haushaltsgesetz angesehen, das als einziges in Europa eine Haushaltssanierung ohne Angriff auf Renten und Gesundheitswesen betreibt – und das trotz des großen Drucks von Kohls Bundesregierung auf alle europäischen Regierungen für eine monetaristische, gegen das Soziale gerichtete Politik.

Welches Subjekt für gesellschaftliche Veränderungen?

„Das Hauptproblem ist die Neudefinition des Subjekts der Veränderung“, stellt das Mehrheitsdokument fest. Welche gesellschaftlichen Kräfte kommen heute für eine (antikapitalistische) Veränderung der Gesellschaft in Frage? Dabei wird davon ausgegangen, daß die traditionelle Antwort angesichts der neuen Phase kapitalistischer Modernisierung nicht mehr ausreicht. Diese Kräfte sollen von der Arbeiterklasse ausgehen und nach wie vor von Entfremdung und Ausbeutung bestimmt sein, aber sie können noch nicht im einzelnen definiert werden und müßten sich „im Lauf der Reformaktion selber neu zusammenfügen“.

Diese Kräfte seien durchaus im Wachstum begriffen, international mit fortschreitender Proletarisierung und auch im Innern mit der Einbeziehung formell selbstständiger, tatsächlich aber fremdbestimmter Arbeit. Aber diese neue, erweiterte Zusammensetzung „der Klasse“ verschaffe ihr nicht größere Kraft, sondern mache sie so „gespalten, diversifiziert und zertrümmert“, daß sie kein einheitliches Bewußtsein von sich entwickle. Zu den Klassenentwicklungen kämen andere Widersprüche wie nach Geschlecht, zwischen Nord und Süd, zwischen Umwelt und Entwicklung und auch mit den „neuen Generationen“ hinzu.

Haltung zu anderen Parteien und Richtungen

Keine einzelne Kraft könne diese „kom-

plexe soziale, politische und kulturelle Operation“ heute lösen, schon gar nicht in einem einzelnen Land.

Aber Rifondazione wolle zu dieser Aufgabe beitragen und dazu auch die Auseinandersetzung mit anderen politischen Kulturen, die nicht aus der kommunistischen Tradition kommen, suchen.

Genannt werden Kräfte aus der katholischen Welt, von den Grünen, selbstverwalteten Zentren, Zusammenschlüssen ausgegrenzter Menschen u.a. Hier wird eine Bereitschaft deutlich, mit anderen Kräften zusammenzuarbeiten, ohne sie für die eigene Partei vereinnahmen zu wollen.

Ein besonderes Problem ist das Verhältnis zur Demokratischen Partei der Linken (PDS, alte PCI-Mehrheit), von der Rifondazione als eigenständige Kraft auf der Linken seit der Gründung bekämpft wird. Rifondazione konstatiert, daß „zwei Linken“ entstanden seien: eine liberaldemokratische, die ihre Ziele im Rahmen der Marktwirtschaft bestimme, und eine antagonistische, antikapitalistische.

Rifondazione läßt sich von den Linksdemokraten nicht vereinnahmen. Die Position gegenüber dem PDS wird aber noch weitergehend als direkte Konkurrenz, als Kampf um die „Hegemonie“, um die Vorherrschaft formuliert.

Eine Analyse, warum und wie die Rechten in das Lager der arbeitenden Klassen einbrechen konnten, enthält das Mehrheitsdokument aber nicht.

Für ein alternatives europäisches Entwicklungsmodell

In der Europapolitik hat der Parteitag einen neuen Kurs eingeschlagen: Ja zur einheitlichen Währung, nein zu den Kriterien von Maastricht. Die Vorstellung von einer alternativen Europapolitik ist nicht neu. Warum jetzt der Währungsunion zugestimmt wird, wird nicht begründet. Vermutlich hält man die wirtschaftliche und finanzielle Integration für nicht aufhaltbar und konzentriert sich deshalb auf Forderungen zu den Umständen dieser Entwicklung.

In diesem Sinn wird eine „Alternativplattform für Europa“ in Abgrenzung zum Maastricht-Monetarismus gefordert. Dabei verfolgt man das „Ziel eines Sozialmodells, das sich vom amerikanischen, japanischen und dem der asiatischen Tiger unterscheidet“. Geprägt sein soll dieses Modell von Demokratie, Beteiligung der Massen, Kampf um Beschäftigung sowie Sozialstaat.

Der nötige Druck dafür soll aus Massenbewegungen für diese Ziele kommen.

Die Einstellung von Rifondazione gegenüber der Nato bleibt kritisch („Überwindung“), aber die konkreten aktuellen Erfahrungen mit der Nato, der Aufmarsch in Italien gegenüber den Staaten des ehemaligen Jugoslawien, waren für den Parteitag kein Thema.

rinnovare la politica per cambiare la società

III Congresso nazionale del Partito della Rifondazione Comunista
Roma - Hotel Ergife 12-15 dicembre 1996



Documenti politici e regolamento congressuale

Partito della Rifondazione Comunista

Die Politik erneuern, um die Gesellschaft zu verändern – Motto des 3. Parteitags der Partei der kommunistischen Neugründung (PRC) im Dezember. Die Delegierten vertraten 126.000 Parteimitglieder. Bei den letzten Parlamentswahlen im April 1996 erhielt Rifondazione 3.216.000 Stimmen (8,6%). Die Partei stellt 35 Abgeordnete in der Kammer, 11 Mitglieder im Senat sowie drei Europaparlamentarier. Sie hat rund 3.000 Gemeinderatsmitglieder und ist an mehr als hundert Stadtverwaltungen beteiligt.

Positionen der linken Minderheit

Das Minderheitsdokument fordert die Änderung der politischen Linie und der Haltung gegenüber der Regierung. Die Regierung Prodi stehe in der Kontinuität ihrer Vorgänger und in der politischen Richtung von Maastricht. Sie sei eine der Varianten der Politik des Kapitals, ihre Zugeständnisse nur scheinbar bzw. zeitweise. Die Partei müsse umgehend wieder in die Opposition, andernfalls würden die von Rifondazione vertretenen Interessen Schaden nehmen. Außerdem dürfe man das „Monopol auf Opposition“ nicht den Rechten überlassen, die andernfalls ihre schon heute erreichten Einbrüche in die arbeitenden Klassen noch ausbauen könnten. – Wie Rifondazione allerdings bei einem einfachen Wechsel in die Opposition die Rückkehr der Rechten an die Regierung verhindern kann und soll, nachdem die PRC-Abgeordneten für die Regierungsmehrheit entscheidend sind, bleibt offen.

Auch die linke Minderheit fordert die Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich, die „sozial nützlichen Arbeiten außerhalb der Marktwirtschaft“ hält sie aber im Kapitalismus für eine Illusion. Auch in anderen Fragen hat sie unterschiedliche Vorstellungen, z.B. lehnt sie die EU-Währungsunion grundsätzlich ab. Auch die linke Minderheit sieht in den Linksdemokraten „unseren Hauptgegner“, mit dem über die „Hegemonie über die untergeordneten Klassen“ gestritten werden müsse. Dabei sieht sie wegen der strukturellen Krise des Reformismus der Linksdemokraten unter den aktuellen Verhältnissen als auch wegen deren Einbindung in die Regierung große Spielräume für Rifondazione.

Bezüglich der Parteistrukturen kritisiert die Minderheit Tendenzen undemokratischer Zentralisierung statt der „Partei aller Mitglieder“. Bei den Wahlen des Parteitags war allerdings statutarisch dafür gesorgt, daß die Minderheit entsprechend ihrer Unterstützung in der Partei zum Zug kam. (rok)

Quellen: Zitate aus den Leitartikeln „Documento Bertinotti-Cossutta“ bzw. „Documento Baccardi, Ferrando, Grisolia, Mattan“, eigene Übersetzung.



Der Mezzogiorno geht auf die Straße – die Förderung von Bewegungen gegen die Rückständigkeit und die hohe Arbeitslosigkeit im italienischen Süden ist eines der Hauptanliegen von Rifondazione comunista.

Schwarz-grüne Koalition in Freiburg**Mehrheit von CDU und Grünen stimmt für die Abschaffung des Kulturbürgermeisters**

Freiburg: Bei den Grünen gibt es zur Zeit auf verschiedenen Ebenen enge Beziehungen zur CDU. Die einen finden die CDU so toll, daß sie gleich zu ihr übertreten, die anderen schließen Koalitionen, um mit ihr Macht auszuüben, wie u.a. im südbadischen Freiburg.

Der Freiburger Gemeinderat hat am Dienstagabend mit der Stimmenmehrheit von CDU und Grünen die Stelle des Kulturbürgermeisters gekippt. Am 2. Februar 1998 übernimmt Oberbürgermeister Böhme (SPD) den Bereich des Kulturbürgermeisters. Der ehemals im Kulturbereich angesiedelte Bereich Sport und Schule geht an das Umweltdezernat, bisher und auch in Zukunft (Grüne). Der Antrag von SPD und der Linken Liste, den alten Zustand mit fünf Bürgermeistern wiederherzustellen, fand keine Mehrheit.

Die Auseinandersetzung hat in den letzten Monaten die veröffentlichte Meinung in Freiburg und Umgebung in Atem gehalten. Dabei ist es ein herrliches Beispiel für eine Provinzposse und gibt aber auch nebenbei ein getreues Bild über die politische Strategie der Grünen, mit allen Mitteln irgendwie an die Fleischtöpfe der Macht zu gelangen, nicht nur in Freiburg.

Begonnen hatte das alles Anfang September, als die CDU darüber laut nachdachte, daß Freiburg auch gut mit vier statt fünf Bürgermeistern regiert werden könnte. Im übrigen eine Überlegung, die die Grünen schon vor einem Jahr angestellt hatten. Nun ergab es sich, daß wenige Tage nach diesen Überlegungen, der Grüne Umweltbürgermeister, aus Frust über den mißratenen Gang seiner Politik seinen Rücktritt ankündigte. Gleichzeitig war bekannt, daß der Kulturbürgermeister (SPD) in einem Jahr in die Rente mußte. Die FDP preschte nun vor und stellte den Antrag mit dem Ausscheiden des Kulturbürgermeisters dieses Dezernat abzuschaffen. Propagandistisch geht es ihr um eine Abschaffung

des aufgeblähten Verwaltungsapparates und Kürzung von finanziellen Mitteln. Interessanterweise haben die Grünen diese rechtspopulistische Position mit aufgenommen. Eine Koalition aus CDU, FDP und den Grünen stimmte dem Antrag der FDP zu.

Gewitzt wie die Grünen nun mal sind, war ihre Strategie, den Kulturbereich, bisher traditionell SPD, in ihren Bereich einzugliedern und ein Superdezernat „Kultur und Umwelt“ einzuheimsen. Im Hintergrund zog hier ein Mann die Fäden. Dr. Dieter Salomon, vielfältiger Po-

meidlichen Turbulenzen, das Hauen und Stechen innerhalb der Grünen, das bis heute anhält. Zudem verkompliziert wurde die Situation, als aus den Reihen der Grünen, als Nachfolgekandidatin ihres glücklos ausgeschiedenen Umweltbürgermeisters, eine unbekannte SPD-Kandidatin aus Bremen - wegen der Frauenquote - präsentiert wurde.

Und hier wurde plötzlich von dem heimlich-offenen Koalitionspartner der Grünen, von der CDU Protest laut. Dies sei gegen die Absprachen. Es stellte sich nämlich heraus, daß schon längst ein Abkommen darüber bestand, das schon benannter Dr. Dieter Salomon (Grüne) Wunschkandidat auch der CDU war. Diese sah die SPD-Quotenfrau als Affront an und drohte nun damit, auch das Umweltdezernat abzuschaffen. Große Konfusion bei den Grünen, bestand doch jetzt die Gefahr auch noch den letzten Einfluß zu verlieren. Zudem intervenierte dann noch der Realflügel der Landesgrünen und forderte die Freiburger auf, Salomon zu unterstützen. Unvermeidlich folgte die Kehrtwendung am vergangenen Montag. Die Fraktion der Grünen schwenkte wieder auf den Kurs der CDU und ist nun auch wieder für Dr. Dieter Salomon.

Die Fraktion der *Linken Liste im Freiburger Gemeinderat* kritisierte zu Recht, das die Grünen damit endgültig zum Anhängel der CDU werden. Denn mit Salomons Hilfe werde CDU-Politik gemacht. Das Ergebnis der letzten Monate ist für die Grünen verheerend. Sie haben es sich verschert in der Kulturszene, aber auch bei den Frauen, weil sie sich nicht gegenüber der CDU durchsetzen konnten. Einige VertreterInnen der Grünen im Gemeinderat haben den Kurs nicht mitgemacht, sich entweder der

Stimme enthalten oder die Mitarbeit in der Fraktion aufgekündigt.

Profitiert haben zwei von dem ganzen Schlamassel. Zunächst Oberbürgermeister Böhme. Ihm wurde nun die Kultur zugeordnet. Hier ist nun schlimmes zu erwarten. Der Oberbürgermeister steht für protzige Kulturbauten, wie das heftig umkämpfte und extrem teure Kongreßzentrum. Aber Böhme wirbt in seinem jüngsten Buch auch damit, daß er die alternative Kultur in Freiburg hoffähig gemacht hat. Damit versucht er Wähler aus dem grünen Bereich zu sich herüberzuziehen. Gleichzeitig wurde dem Oberbürgermeister der Bereich Verwaltungsreform ausgegliedert. Dies ist ein undankbarer Bereich, geht es hier um Geldmittelkürzungen und Personalentlassungen. Damit hat er nun nichts mehr zu tun. Da er in 1998 wieder für den Posten kandidieren will, hat er sich bessere Ausgangsbedingungen geschaffen.

Profitiert hat aber auch ein Vertreter der neuen Politikergeneration der Grünen, Dr. Dieter Salomon. Dieser sitzt sowohl im Gemeinderat, wie auch im Landtag von Baden Württemberg. Außerdem kandidierte er fast erfolgreich für einen Oberbürgermeisterposten in Lörrach, einer größeren Stadt in der Nähe von Freiburg. Ähnlich wie Rezzo Schlauch aus Stuttgart vertreten sie sich praktisch nur noch selbst, mit Hilfe aller möglichen Positionen.

Die Mitglieder der Grünen in Freiburg haben aus dem Desaster der Politik der letzten Monate einen folgenreichen richtigen Schluß gezogen. Die Mitgliederversammlung hat in der vergangenen Woche beschlossen, Dieter Salomon nicht als Kandidaten für das Amt des Kulturbürgermeisters vorzuschlagen. Wenn diese Überzeugung bei den Grünen länger andauert, hat das Hickhack der letzten Monate immerhin eine positive Entwicklung eingeleitet. Dabei kann man die Grünen nur unterstützen. *hav*



litikaster der Grünen, ein Mann, den man sich merken muß.

Aber die Grünen hatten die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Zustimmung zur Abschaffung des Kulturbürgermeisters in einer Stadt wie Freiburg ist ein schwerwiegender Vorgang. Denn ein Großteil der linksbürgerlichen und linksalternativen Kulturszene von Freiburg, eine Szene mit politischem Gewicht, wählt die Grünen. Das führte unter anderem dazu, daß sie bei den letzten Gemeinderatswahlen zweitstärkste Fraktion wurden. Es folgten die unver-



München. Rund 1500 Studiorande demonstrierten am 18. Dezember in München gegen die geplante Hochschulreform, die Einführung der Rentenversicherungspflicht für Hochschüler sowie die BAföG-Novelle. ASIA-Vorsitzender Michael Seltzer forderte eine „solide finanzielle Absicherung“ für alle Studierenden sowie eine Beteiligung an hochschulpolitischen Entscheidungen. Die im Februar anstehende bayerische Hochschulreform will gleich dreimal zuschlagen: Abschaffung der Selbstverwaltung der Unis, Abschaffung der studentischen Mitbestimmung, Kontrolle der Unis durch Wirtschaftsunternehmen. *baf*

Ein Denkmal für Deserteure

Ingolstadt. Die Stadt ringt um ein Denkmal für Wehrmachts-Deserteure. Oberbürgermeister Peter Schnell (CSU) war erst nach mehrfachem Drängen bereit, sich an der Diskussion zu beteiligen. Doch überzeugte ihn schließlich ein zweitägiges Kolloquium, das die „Initiative für Mahn- und Gedenkstätten in Ingolstadt“ durchführte. Referenten aus ganz Deutschland unterstützten das Anliegen der Initiative, den 75 in Ingolstadt von NS-Schergen hingerichteten Männern ein Denkmal zu setzen. Über die Form soll nach einem positiven Stadtratsbeschluss ein Ideenwettbewerb entscheiden. „Es gibt 1996 keine schwerwiegenden Argumente, Deserteuren die Ehre zu verweigern“, betonte Michael Brumlik, Prof. für Pädagogik an der Universität Heidelberg. Die Initiatoren der Veranstaltung waren überrascht über das große Interesse und die breite Zustimmung. Allerdings kamen die strikten Kritiker aus dem Stadtrat nicht. *baf*

Volksabstimmung soll bundesweit durchgesetzt werden

Würzburg. Nach ihrem Erfolg in Bayern will die Bürgeraktion „Mehr Demokra-

tie“ jetzt auch für bundesweite Volksabstimmungen kämpfen. Dies entschied die Mitgliederversammlung in Würzburg. Zunächst will sie regionale Büros eröffnen und weitere Landesverbände gründen. Die bundesweite Pilot-Volksabstimmung über künftige Volksabstimmungen soll in fünf Jahren sein. „Da die Volksabstimmung ein Bürgerrecht ist, müssen darüber die Bürger selber entscheiden und nicht die Politiker“, sagte der Geschäftsführer der Bürgeraktion, Thomas Mayer. Insgesamt wären 100 000 Unterschriften notwendig, damit sich der Bundestag mit dem Gesetzentwurf von „Mehr Demokratie“ befassen muß. Zu einer bundesweiten Volksabstimmung soll es kommen, wenn dies von einer Million Bundesbürger mit einem Volksbegehren verlangt wird. Themen gibt es laut Bürgeraktion genug: „Euro, Steuerreform, Atomenergie, Lohnfortzahlung oder der Transrapid“. *baf*

Gedenken – Mahnen – Handeln

Köln. Am 27. Januar 1997, dem Jahrestag für die Opfer der Nazidiktatur beginnt um 18 Uhr auf der Domplatte ein Mahngang, zu dem das Bündnis gegen Rechts sowie viele weitere Organisatio-

Rassistische Wahlkampföne

„Bürgerbündnis für Frankfurt, (BFF)“ kandidiert

Frankfurt. Zur Kommunalwahl in Hessen im März 97 tritt auch ein „Bürgerbündnis für Frankfurt (BFF)“ an. Es ist ziemlich rührig mit Infoständen, auf Bürgerversammlungen in Stadtteilen und bei anderen Veranstaltungen.

Ein Kennzeichen der „Vorschläge zur politischen Erneuerung von Frankfurt am Main“ ist ihre Ausländerfeindlichkeit.

Dabei setzt das BFF an der inzwischen verbreiteten rassistischen Verknüpfung von „Sicherheits-“ und „Ausländerpolitik“ an: „Der hohe Anteil der von Ausländern und ausländischen Einwohnern verübten Kriminalität darf nicht tabuisiert werden... Die hohe Zahl der illegal in Frankfurt lebenden Ausländer ist auch eine Quelle von Kriminalität.“ Es wird mit Vermutungen operiert bzw. mit „Anteilen“, bei denen das „Ganze“, auf das sie sich beziehen, unterschlagen wird.

Nach der letzten Umfrage der FAZ steht die „Sicherheitspolitik“ bei den Frankfurterinnen und Frankfurtern an erster Stelle der sie bewegenden Probleme. Damit ist zwar nicht gesagt, was zuerst da war, das verstärkte Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung oder bewußte Verängstigung durch Medien und Parteien, u.a. auch durch die FAZ. Jedenfalls fällt es Parteien von dem Kaliber des BFF leicht, auf dieses Pferd aufzusatteln. Die „Vorschläge zur Erneuerung der städtischen Sicherheitspolitik“ gipfeln dann auch in der Forderung nach dem starken Staat, der Mittel wie die Abschiebung ausländischer Wiederholungstäter entschlossen einsetzt.

Wenn das BFF von Ausländern spricht, mit denen es „ernsthafte und auch unerträglich gewordene Probleme“ gibt, meint es „kulturfremde Ausländergrup-

pen“, die sich nicht in „unsere gewachsene und weiterentwickelte deutsche Kultur“ (auch „westlich geprägte Lebensform christlich-abendländischer Tradition“) integrieren wollen. Für diese fordert sie mittelfristig: Abschiebung („Rückkehr in ihren vertrauten Kulturkreis“) bei anhaltender Verschlechterung des Arbeitsmarktes. Kurzfristig wird eine städtische Bevölkerungspolitik gefordert, u.a. „Zuzugssperren für unterstützungsbedürftige Zuwanderer aus Nicht-EU-Staaten“ bzw. bereits soweit wie möglich die Abschottung der Stadt; außerdem die Bindung der Sozialhilfe an die nachweisbare Beteiligung an Integrationskursen (deutsche Sprache, Kultur und Geschichte).

Das Programm des BFF ist rassistisch, weil es Menschen nach Merkmalen wie z.B. Staatsangehörigkeit, nicht-christlich-abendländischer Kulturkreis, als Gefährdung für die Frankfurter Bürgerinnen und Bürger hinstellt. Eine wie auch immer geartete Kriminalität ist für das BFF damit kein Hinweis auf eine soziale Krisensituation, sondern „der Täter“ ist das Problem. Alle Lösungsvorschläge richten sich daher auf Aussperren, Einsperren, Unterdrücken, Abschieben, (ist der Mensch weg, ist die Gefahr gebannt...).

Das Zusammenwirken von Menschen mit unterschiedlicher Kultur, unterschiedlichem Erfahrungshintergrund, unterschiedlicher Problembewältigung ist jedoch die wichtigste Bedingung für die Bewältigung weltweiter Existenzprobleme.

udi

Quelle: Bürgerbündnis Für Frankfurt – BFF, Freie Wählergruppe e.V., „Standpunkte“, September 1996



Armes Köln – Reiches Köln

Kölner Armutskonferenz stellt Forderungen



Die Kölner Armutskonferenz fordert von Kommunal-, Landes- und Bundespolitikern:

- eine präzise Analyse der sozialen Situation in Köln, konkret: die Herausgabe eines Armutsberichtes
- eine langfristige Strukturpolitik zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit: Ausbau der öffentlich geförderten Beschäftigung, insbesondere in den von Strukturproblemen betroffenen Stadtteilen.
- Bereitstellen von Lehrstellen, um die Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen, z.B. in außerbetrieblichen Lehrwerkstätten.
- eine eindeutige Prioritätensetzung für die Finanzierung sozialer Aufgaben, konkret z.B.
- Überprüfung von Haushaltsentscheidungen im Blick auf die Folgen für arme Menschen
- Einbeziehung der Kölner Wirtschaft in die Unterstützung sozialer Projekte
- Verbesserung der Entwicklungschancen von Kindern und Jugendlichen, insbesondere in den ärmeren Stadtteilen, z.B. durch den Erhalt und Ausbau von Jugend- und Gemeinwesenzentren
- Maßnahmen zum Erhalt und zur Schaffung von Wohnraum, Erhalt der Sozialbindung für Wohnraum.

Die Armutskonferenz wird die Umsetzung der Forderungen verfolgen und die Öffentlichkeit hierüber informieren.

Der Kölner Armutskonferenz gehören Kirchen, Gewerkschaften, Träger der Sozial- und Jugendarbeit sowie verschiedene Initiativen und Fakultäten der Hochschulen an.

MW



nen, Initiativen und Einzelpersonen aufrufen. Der Weg führt zum Mahnmal für die homosexuellen Opfer im Rheingarten, dann zur ehemaligen Synagoge am Offenbachplatz, zum EL-DE-Haus und schließlich zum Mahnmal für die Opfer der Gestapo am Hansaring, wo der Mahngang um 19 Uhr mit einer Kranzniederlegung beendet wird. u.b.

Spiel mit falschen Zahlen zum „Ausbildungskonsens“

Düsseldorf. In seiner Pressekonferenz am 20.11.96 zu den „Erfolgen“ des Ausbildungsplatzkonsenses erklärte Mini-

ster Clement: In nur sechs Wochen konnten 3.536 Jugendliche in Nordrhein-Westfalen mit einem Ausbildungsplatz versorgt werden. Das sind 44% aller unversorgten Bewerberinnen und Bewerber des Ausbildungsjahrgangs 1995/96.

Daniel Kreutz, arbeits- und sozialpolitischer Sprecher Bündnis 90/Die Grünen:

„Uns liegen nun die ausgewerteten Zahlen vor, die die Geschäftsstelle des „Ausbildungskonsenses“ zum 29.11.96 erfaßt hat. Demnach wurden von den 7.915 zum 30.9.96 noch ohne Alternative unversorgten Ausbildungsplatzsuchenden lediglich 1.189 oder 15% in betriebliche Ausbildung vermittelt. Weitere 2.163 Jugendliche mußten in berufsvorbereitende Maßnahmen (1.321), in ungelernte Arbeit (509) oder in schulische Ausbildung (333) gehen, weil man für sie eben keinen Ausbildungsplatz finden konnte. 1.703 unversorgte Jugendliche zogen sich resigniert zurück, traten den Kriegs- bzw. Zivildienst an oder gelten aus anderen Gründen nicht mehr als ausbildungsplatzsuchend. Um die Diskrepanz zu den vom Wirtschaftsminister am 25.11.1996 dargestellten Zahlen aufzuklären, habe ich eine parlamentarische Anfrage gestellt.“

aus Lokalberichte Köln

Ermittlungsverfahren benötigen Unterstützung

Celle/Hamburg. Gegen die Sonnenwendfeier der 6. Hetendorfer Tagungswoche richtete sich am Abend des 20. Juni eine Demonstration, die nach wenigen Metern von einem starken Polizeiaufgebot eingekesselt wurde. Nachdem rund 70 AntifaschistInnen rausgezerrt, geprügelt und verhaftet wurden und die beiden Gefangenensbusse mit 56 vorläufig Festgenommenen voll waren, durfte der Rest der Eingekesselten die Personalien 'unblutig' abgeben und bekam einen Platzverweis. Insgesamt gab es über 200 Personalienfeststellungen, etliche wurden fotografiert und die Festgenommenen erkennungsdienstlich behandelt. Positiv war auf unserer Seite die Entschlossenheit mit der gegen die Sonnenwendfeier vorgegangen wurde. Die Feier wurde trotz des Kessels zeitweise erheblich beeinträchtigt und das Thema 'Hetendorf' war nicht zuletzt wegen dieser 'Nachtaktion' in den Medien stark präsent.

Dennoch bleibt ein bitterer Nachgeschmack. Wir sind mit 201 Ermittlungsverfahren wegen sog. Landfriedensbruch, Verstoß gegen das Versammlungsgesetz und gegen die niedersächsischen

Feld- und Forstordnung konfrontiert. Die meisten Betroffenen wurden mit Strafbefehlen zwischen DM 400,- bis 1800,- DM überzogen. Gegen Andere werden die Ermittlungsverfahren jedoch weitergeführt, wobei die meisten dieser Prozesse noch ausstehen. Die über die Prozeßgruppe koordinierte Linie der Verteidigung fordert daher, die Einstellung des Verfahrens für alle!

Wir rechnen mit guten Chancen, da die Prozesse, die schon gelaufen sind, alle gegen „geringe“ Auflagen eingestellt wurden. Das heißt aber trotzdem, daß wir viele finanzielle und praktische Hilfe brauchen, da schon bei einer Einstellung gegen nur 200 DM pro Person, plus die jetzt schon anstehenden Anwaltskosten, ein Gesamtbetrag von mindestens 40.000 DM auf uns zukommen würde. Außerdem wissen wir natürlich nicht, ob die Staatsanwaltschaft darauf eingeht. Flugblätter und Plakate gegen die Kriminalisierung des antifaschistischen Widerstandes können über die Prozeßgruppe bestellt werden. Die benötigten Spenden können überwiesen werden an: Stadtparkasse Hannover, BLZ: 250 501 80, Konto: 37744119, nach Rundbrief der Prozeßgruppe c/o UJZ, Kornstrasse 28, 30167 Hannover, gekürzt)

Der Berliner Senat plant eine Bezirksreform

Aus 23 Bezirken sollen 12 werden. Opposition: Bezirke brauchen kommunale Rechte

Setzt der Senat nach der Olympiabewerbung und der Fusion Berlin-Brandenburg ein weiteres Großvorhaben in den Sand, wie Bündnis 90/Die Grünen und PDS mutmaßen?

Seit es wieder Großberlin gibt, wird verstärkt die Diskussion um eine sogenannte Gebietsreform geführt. Verstanden wird darunter die Reduzierung der Berliner Bezirke. Gegenwärtig gibt es 23 (12 davon im Westteil). Bereits in der letzten Koalitionsvereinbarung von CDU und SPD war die Gebietsreform aufgeführt, die Umsetzung scheiterte aber am Widerstand der Bezirke und daran, daß eigentlich keine überzeugenden Gründe für eine Reduzierung der Bezirke genannt werden konnten. Auch über die Zahl konnte man sich nicht einig werden. 18 Bezirke sieht noch die Vereinbarung der neuen/alten großen Koalition vor, 12 Bezirke die neuesten Beschlüsse des Senats.

Als Begründung muß nun in erster Linie die Finanzkrise Berlins herhalten. 229 Millionen Mark, 170 davon durch den Wegfall von 1.665 Stellen, sollen jährlich durch diese „Reform“ eingespart werden können. Zu erbringen ist diese Summe durch die Bezirke, denen ganz einfach – per Globalhaushalt – die Höhe der jährlichen Zuweisungen gekürzt wird.

Von den Gegnern der Gebietsreform wird nicht nur angezweifelt, daß diese Summe tatsächlich eingespart werden kann (erfahrungsgemäß erfordern solche Veränderungen zu Beginn mehr Kosten als sie Einsparungen erbringen). Sie fordern grundsätzliche Rechte, wie sie Kommunen im föderalistischen System der BRD haben, also insbesondere Finanz-, Organisations- und Personalhoheit. Sie kritisieren das Vorhaben folglich als Zentralismus, als Entdemokratisierung bzw. Entmachtung der Bezirke. Sie fordern, daß zuerst die Verwaltungsreform zueingebracht werden muß.

Gegner der Gebietsreform finden sich aber nicht nur in der PDS und bei Bündnis 90/Die Grünen. Auch in den regierenden Parteien stoßen die Pläne auf Widerstand. Insbesondere sind es wieder die Bezirksbürgermeister und die Kreisverbände von SPD und CDU selbst, die

um Posten und Ämter fürchten. Wie bei der Fusion Berlin-Brandenburg ist der CDU-Fraktionsvorsitzende Landowsky einer der unausgesprochen ausgesprochenen Gegner. In der SPD ist es dagegen eher der linke Flügel, der sich auf die Seite der Gegner schlägt. Die Forderung der Opposition nach einem Bürgerentscheid in den betroffenen Bezirken findet deshalb auch Anhänger selbst in der CDU. Damit wäre diese Gebietsreform allerdings gestorben, da sie in keiner Weise irgendwelchen Bedürfnissen „unten“ entspricht.

Obwohl die CDU ihren Einfluß durch den Neuzuschnitt der Bezirke erhöhen könnte (so würde sie in 60% statt bisher knapp 50% der Bezirke die Mehrheit haben) und insbesondere im neuen Regierungsbezirk Mitte das Sagen hätte (bisher in Mitte-alt – die PDS, in Kreuzberg die Grünen), und obwohl CDU und SPD über vier Stimmen mehr als die erforderliche verfassungsändernde 2/3-Mehrheit im Abgeordnetenhaus verfügen, können sie deshalb nicht sicher sein, die für eine Gebietsreform notwendige Verfassungsänderung hinzubekommen. Um zu verhindern, daß es eine Abstimmung über die Anzahl der Bezirke gibt, soll in zwei Schritten vorgegangen werden: zuerst soll in der Verfassung jegliche Bezirkszähl gestrichen werden, anschließend soll per Gesetz die Anzahl der Bezirke beschlossen werden.

Energischster Verfechter der Gebietsreform ist Innensenator Schönbohm. Als „Importpolitiker“ und Nichtberliner (er wohnt außerhalb Berlins und ist auch dort parteimäßig organisiert) ist er unbeeinflusst von den „Lokalgrößen“ der Stadt. Schon lange fordert er, daß Berlin sich seiner Aufgabe und Bestimmung als Hauptstadt annehmen müsse. Er wettet gegen den Einfluß der Bezirke (Einzelinteressen haben hinter Gemeinschaftsinteressen zurückzutreten, Beispiel: öffentliches Bundeswehrgelöbnis) und fordert einen durchgreifenden Mentalitätswechsel. Schönbohm weiß, „wenn diese Reform scheitert, ... sind wir alle beschädigt“. Ein drittes Mal kann sich das die große Koalition nicht leisten. Neuwahlen aber auch nicht. Deshalb wird sie mit aller Macht versuchen, sich durchzusetzen. (har)

Dokumentiert: Position der Gewerkschaft ÖTV

Der Senatsbeschuß zur Bezirksgebietsreform, wonach die Zahl der Bezirke aus Kostengründen auf 12 reduziert werden soll, ist völlig unbegründbar. Aus finanzpolitischer Sicht ließen sich die meisten Kosten im Bereich der politischen Führung dann einsparen, wenn alle Bezirke aufgelöst und ihre Aufgaben von Senatsstellen wahrgenommen würden. Aus dem Gesichtspunkt der Bürgernähe müßte die Zahl der Bezirke auf die Zahl ihrer Kieze (z. B. Moabit, Britz, Mariendorf) erhöht werden. Aus demokratischen Gesichtspunkten müßten die bezirklichen Mitwirkungsrechte der Bürger entlang den Kiezzgrenzen neu definiert werden.

Die Gewerkschaft ÖTV Berlin stellt fest, daß die optimale Bezirksgröße zur Zeit nicht zu ermitteln ist. Sie liegt irgendwo zwischen dem größten Bezirk

Neukölln und dem kleinsten Bezirk Weißensee. Die optimale Bezirksgröße wird sich im Zusammenhang mit der Einführung der betriebswirtschaftlichen Steuerung im Rahmen der Verwaltungsreform ergeben. Hier werden sich die Schnittstellen zeigen und die Kooperationszwänge durchsetzen. Die Bürgernähe ist nur durch die Einrichtung von Ortsämtern im Kiez zu gewährleisten, die u. a. das Meldewesen und Bereiche der Steuerverwaltung einschließen müssen. Diese Ortsämter wären dann zugleich Anlaufstellen für die Mitwirkung der Bürger bei der Gestaltung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Umwelt. Eine Bezirksgebietsreform mit dem alleinigen Ziel, die Zahl der Bezirke auf zur Zeit 12 zu reduzieren, nur um Kosten für die politische Führung einzusparen, wird am Widerstand aller Beteiligten scheitern.

Aus: Alternativen zum Haushaltsentwurf 1997 Aufbau statt Abbau. Herausgegeben von der ÖTV Berlin, Dezember 1996



Kaum eine Sitzung des Thüringer Landtags verging in 1996, die nicht von Protesten und Demonstrationen vor dem Landtag begleitet war. Am 12. Dezember kamen gleich morgens MitarbeiterInnen des Klinikums Jena (unser Foto), wo 400 Arbeitsplätze auf dem Spiel stehen. Am Nachmittag zogen Beschäftigte der Saalfelder Werkzeugmaschinenfabrik GmbH (samag) vor den Landtag, nachdem für ihren Betrieb die Gesamtvollstreckung beantragt worden ist. forderten auch sie den Erhalt ihrer Arbeitsplätze. (aus: UNZ, Linke Zeitung in Thüringen, Nr. 26/96)

Aufruf

zur Teilnahme an der Luxemburg/Liebkecht-Demonstration vom Leninplatz zur Gedenkstätte der Sozialisten in Friedrichsfelde am 12. Januar um 10.00 Uhr

Am 15. Januar 1919 wurden Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht in Berlin von „Freikorps“ ermordet. Die den Mord begingen und jene, die ihn vorher billigten, handelten nicht nur im Interesse des deutschen Kapitals. Rosa und Karl handelten mit einem zutiefst internationalistischen und revolutionären Anspruch. Sie wurden eingekerkert und hielten stand, opportunistische Anpassung war ihnen zuwider. Im Gedenken an ihre Ermordung demonstrieren Linke unterschiedlicher Couleur seit nunmehr über 75 Jahren ihre Verbundenheit mit den Idealen von Rosa und Karl. Wenn wir sie heute ehren, so nicht abstrakt. „Der Hauptfeind steht im eigenen Land“, formulierte schon Karl Liebknecht.

♦ Wir demonstrieren im Geiste von Rosa und Karl gegen die Politik des rapiden Sozialabbaus, die den Interessen des Großkapitals dient. Wir sind solidarisch mit jenen Hunderttausenden Kolleginnen und Kollegen, die um ihre Rechte kämpfen.

♦ Wir demonstrieren gegen deutsches Großmachtstreben, welches seinen eklatanten Ausdruck im Marschtritt deutscher Soldatenstiefel auf dem Balkan und andernorts findet.

♦ Wir wenden uns gegen jeden Geschichtsrevisionismus, besonders gegen die Verfälschung linker Geschichte, mit der das Wissen über sie getilgt werden soll.

♦ Wir demonstrieren gegen die Unterstützung, die Deutschland brutalen Regimes zukommen läßt, gegen die Unterstützung des NATO-Partners Türkei. Wir unterstützen den kurdischen Befreiungskampf und üben internationale Solidarität.

♦ Wir demonstrieren gegen zunehmenden Nationalismus und Rassismus, gegen ausländerfeindliche Politik und unmenschliche Abschiebep Praxis.

Wir rufen zu einem breiten Bündnis für den 12. Januar 1997 auf. GewerkschafterInnen und AntifaschistInnen, Feministinnen, SozialdemokratInnen, SozialistInnen und KommunistInnen, Grüne und ChristInnen, Autonome, Menschen aus sozialen, Jugend- und Bürgerbewegungen sollten gemeinsam demonstrieren. Noch gut in Erinnerung ist uns das provokative und brutale Vorgehen der Polizeikräfte im Zusammenhang mit der Luxemburg/Liebkecht-Ehrung am 14.1.1996. Diese Vorkommnisse waren seitens der Polizei darauf ausgerichtet, eine friedliche Ehrung und Demonstration zu kriminalisieren. Den Herrschenden dieses Landes ist es ein Dorn im Auge, daß die Luxemburg/Liebkecht-Ehrung eine Massendemonstration geblieben ist. Es ist ihnen ein Dorn im Auge, daß mehr und mehr junge Leute teilnehmen und es zunehmend eine internationale Demonstration wird, eine Demonstration, in der sich Gedenken und linke Forderungen zur Gegenwart miteinander verbinden.

Wir fordern von den Verantwortlichen in der Stadt Berlin, daß die Luxemburg/Liebkecht-Ehrung nicht erneut durch Polizeiprovokationen kriminalisiert wird. Unser Demonstrationskonzept ist friedlich. Von den TeilnehmerInnen der Luxemburg/Liebkecht-Ehrung wird keine Gewalt ausgehen.

Die Ehrung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts an der Gedenkstätte der Sozialisten in Berlin-Friedrichsfelde findet am 12. Januar von 9 bis 13 Uhr statt.

Legt dort Blumen nieder!

(Dieser Aufruf wird von zahlreichen Organisationen und Einzelpersonen unterstützt. Wer diesen Aufruf unterstützen oder noch Fragen dazu stellen möchte, kann dies unter der Fax-Nr. 030-68 83 43 43 tun.)

Keine Kündigung der Lohnfortzahlung im öffentlichen Dienst

ÖTV will mit Arbeitszeitverkürzung in die Offensive

Am 19. Dezember hat der Bundesrat erneut den Versuch von Innenminister Kanther zurückgewiesen, die Bezügefortzahlung im Krankheitsfall für Beamte zu kürzen. Damit ist ihm vorläufig auch der Weg versperrt, unter Berufung auf die Gleichbehandlung von Arbeitnehmern und Beamten im öffentlichen Dienst die Kündigung der entsprechenden Tarifverträge einzuleiten. Die Abschlüsse bei Metall, Chemie, im Einzelhandel u.a. haben sicherlich ihren Anteil zur „Standfestigkeit“ des Bundesrates beigetragen.

Die ÖTV rechnet stattdessen mit Kündigung der Tarifverträge zum „Weihnachtsgeld“ (Zuwendungs-TV) und Urlaubsgeld einerseits wie auch dem Versuch, Arbeitszeitverlängerungen durchzusetzen (bei den Beamten fast in allen Bundesländern bereits erfolgt). Demgegenüber will der geschäftsführende Hauptvorstand in der nächsten Tarifrunde die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung stellen. Im Februar wird die große Tarifkommission hierzu eine Arbeitstagung durchführen. — (har)

Entschließung der Großen Tarifkommission vom 12.12.1996:

Wir verteidigen die Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall

Die Solidarität von Arbeiterinnen, Arbeitern, Angestellten, Beamtinnen und Beamten im öffentlichen Dienst hat bisher den von Arbeitgebern und Bundesregierung geplanten Eingriff in die Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall verhindert.

Dieser Erfolg bestärkt uns darin, eindeutig festzustellen: Die Gewerkschaft ÖTV ist entschlossen, für die Erhaltung der tarifvertraglichen Vereinbarungen über die Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall im öffentlichen Dienst des Bundes, der Länder und der Kommunen weiterhin entschlossen einzutreten. Der Angriff auf die Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall ist ein Angriff auf den

Sozialstaat und darüber hinaus ökonomischer Unsinn. Sozialer Kahlschlag gefährdet den sozialen Frieden und schadet so dem Wirtschaftsstandort Bundesrepublik Deutschland mehr, als jegliche Kosteneinsparung bei der Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall einbringen kann.

Der Kampf für den Erhalt der Tarifverträge ist zugleich ein notwendiges Zeichen der Solidarität mit Kranken. Auch deshalb wird die Gewerkschaft ÖTV die volle Entgeltfortzahlung bei Krankheit von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern nicht aufgeben. Statt Kranke zu bestrafen, ist ein verbesserter Gesundheits- und Arbeitsschutz erforderlich, um krankheitsbedingte Fehlzeiten zu vermindern. Die Große Tarifkommission ist grundsätzlich bereit, mit den Arbeitgebern von Bund, Ländern und Gemeinden hierzu Gespräche aufzunehmen.

Die Bonner Koalition ist aufgefordert, ihren Kurs der gesellschaftlichen Polarisierung und Demontage des Sozialstaates aufzugeben und das Gesetz zur Einschränkung der Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall zurückzunehmen.

Die Große Tarifkommission warnt die Arbeitgeber des Bundes, der Länder und der Gemeinden nachdrücklich davor, dem Beispiel von Arbeitgebern in Branchen der privaten Wirtschaft zu folgen und die volle Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall in Frage zu stellen.

Auch wenn Bund, Länder und Gemeinden die Manteltarifverträge des öffentlichen Dienstes bisher nicht gekündigt haben, um die schlechteren gesetzlichen Regelungen in den Tarifverträgen durchzusetzen, sind die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aufgerufen, sich auf eine Auseinandersetzung um den Erhalt der Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall vorzubereiten.

Die Große Tarifkommission stellt fest: Jeden Angriff auf unsere Tarifverträge zur Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall werden wir mit den uns zur Verfügung stehenden gewerkschaftlichen Mitteln abwehren.

kender Arbeiter gehören zu den gebräuchlichen Methoden des Regimes.

Unterstützen Sie die iranischen Arbeiter mit allen Ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln. Setzen Sie die islamische Republik für die Erfüllung der Forderungen der Raffineriearbeiter unter Druck.

Mit Solidaritätserklärungen an die Raffineriearbeiter im Iran, mit Protestschreiben an die iranische Vertretungen und mit der Verbreitung der Nachrichten dieses Kampfes unterstützen Sie die Arbeiter im Iran im Kampf um ihre gerechtfertigten Forderungen.

Arbeiterkommunistische Partei Iran
27. Dezember 1996

Wir leiten ihre Solidaritätserklärungen weiter an die Raffineriearbeiter. Ihre Protestschreiben können Sie an die iranische Botschaft schicken.

Die Adresse der Botschaft:
Botschaft der islamischen Republik Iran, Godesberger Allee 133-137, 53175 Bonn. Fax: 0228/376154

Kontakt: Arbeiterkommunistische Partei Iran, Postfach 103137, 50471 Köln

Streik gegen Aushebeln des Tarifvertrags

Arbeitskampf seit 2.12. bei der Pfälzischen Verlagsanstalt

Der seit dem 2. Dezember andauernde Streik der 70 Beschäftigten bei der PVA (Pfälzische Verlagsanstalt) geht weiter.

Nach der Kündigung der Mitgliedschaft im Arbeitgeberverband zum Ende 1995 (Nachwirkung bis 31.12.96), wurden die Beschäftigten aufgefordert, Einzelverträge zu unterschreiben, in denen der Manteltarifvertrag der Druckindustrie keine Anwendung mehr findet.

Konkret: Drei Stunden unbezahlte Mehrarbeit, Verschlechterungen bei der Lohnfortzahlung, der Urlaubs- und Urlaubsgeldregelungen, der Freischichten und Jahressonderzahlungen.

Die PVA versuchte, den Streik durch die Umfunktionierung eines im Hause tätigen Reinigungsunternehmens in einen Druckservice zu brechen. Dieses mißlang, das Arbeitsgericht verbot mit Verweis auf die Mitbestimmungsrechte des BR diese Dreistigkeit.

„Das Landesarbeitsgericht hat den Widerspruch der AG zum Urteil gegen die einstweilige Verfügung gegen den Streikaufruf der IG Medien vom 5.12.96 zurückgewiesen“, heißt es in einem Presse-Info des IG-Medien-Landesbezirks Rheinland-Pfalz-Saar vom 20.12. „... Wir werden unseren Kampf um einen Firmentarifvertrag und gegen Einzelarbeitsverträge als Diktat der Arbeitgeber zur Regelung der Arbeitsbedingungen fortsetzen! ... Wir sind aber weiterhin nicht bereit, uns der Arbeit-

geberwillkür, d.h. einer Arbeitszeitverlängerung ohne Bezahlung und drastischer Verschlechterungen der Manteltarifbedingungen, zu beugen.“

Durch die juristische Verschärfung des Arbeitskampfes sei die Entschlossenheit der Streikenden nur noch gewachsen, sagte der Landesbezirksvorsitzende Schulze in einem Interview.

Sollte es der Belegschaft nicht gelingen, die Angriffe der PVA abzuwehren, befürchtet die IG Medien auch Verschlechterungen im Stammhaus (Medien-Union). Dann müßte der Kanzler einige Zeit auf seine Morgenlektüre verzichten, da er – heimatverbunden – allmorgendlich „seine“ Regionalzeitung, die Rheinpfalz, lese, um dem politischen Tagesgeschehen gewappnet zu sein (G. Frech in der jw am 20.12.96).

In einer Pressemitteilung vom 27.12. schreibt die IG Medien Rheinland-Pfalz-Saar: „Seit Beginn des Arbeitskampfes hat die PVA-Geschäftsleitung (GL) nicht nur intern verlauten lassen, der Streik sei nicht rechtmäßig, es sei gar bis zum 31.12. verboten, dazu aufzurufen. Dieses Lügegebäude ist spätestens am 20.12. zusammengebrochen. Bislang hat sich die GL nicht dazu durchringen können, die Verhandlungen für einen Firmentarifvertrag wieder aufzunehmen. In ihrer eigenen Position erstarrt, klammert sie sich an die angebliche Rechtmäßigkeit des Streiks ... Immerhin kommt bei den zur Medien-Union gehörenden Betrieben einiges in Bewegung. Bei der Firma VSB in Braunschweig ist es Ende letzter Woche gelungen, einen Firmentarifvertrag abzuschließen. Bei Westermann-Druck in Braunschweig hat der Betriebsrat die tarifwidrige Arbeitszeitverlängerung ohne Lohnausgleich gekündigt. Die IG Medien wurde beauftragt, mit der dortigen Geschäftsleitung ebenfalls über einen Firmentarifvertrag zu verhandeln.“

(Aus einem Bericht im Solinet)

Kino-Arbeitgeber lehnen 2000 DM Mindestlohn ab

Information der IG Medien

Gleich beim Auftakt der Verhandlungen über einen neuen Bundes-Tarifvertrag für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Filmtheatern wurden tiefgreifende Differenzen zwischen der IG Medien und den Arbeitgebern deutlich. Der Hauptverband der Deutschen Filmtheater lehnte am 19. Dezember 1996 in Frankfurt eine der Hauptforderungen der IG Medien, die ersatzlose Streichung der Ortsklassen und die damit verbundene Anhebung der Mindestvergütung auf 2000 DM, kategorisch ab. Die IG Medien besteht auf dieser Mindestvergütung, um endlich für alle Kinobeschäftigten wenigstens ansatzweise ein existenzsicherndes Einkommen zu erreichen. Die bisherige Mindestvergütung beträgt 1816 DM.

Meilenweit auseinander liegen auch die Vorstellungen über neue Berufsgruppen. Die IG Medien fordert Schutz vor Arbeitsverdichtung und vor Stellenabbau durch klare Abgrenzung der Tätigkeiten insbesondere im Bereich Einlaß, Verkauf und Platzanweisung. Die Arbeitgeber hingegen verlangen, daß diese Tätigkeiten künftig zusammenfallen. „Saalpersonal“ soll für „mehr Flexibilität“ sorgen, insbesondere bei Ausfällen durch Krankheit und Urlaub. Die IG Medien setzt einen eigenen Vorschlag dagegen: Bei entsprechender Qualifikation könnten in Kinos durchaus „Mehrfachqualifizierte“ an unterschiedlichen Arbeitsplätzen zum Einsatz kommen, wenn der Wechsel der Tätigkeiten nicht innerhalb eines Ar-

beitstages erfolgt und eine verbesserte Bezahlung vereinbart wird. Alles andere führt nur dazu, daß immer weniger Beschäftigte immer mehr arbeiten müssen.

In Sachen Lohnfortzahlung bei Krankheit hat die IG Medien den Filmtheaterverband aufgefordert, nach dem Beispiel anderer Branchen die Bereitschaft zur 100-Prozent-Fortzahlung zu erklären. Dies wurde abgelehnt. Stattdessen bekräftigten die Arbeitgeber nochmals ihre Interpretation, daß der geltende Tarifvertrag eine Absenkung auf 80 Prozent erlaube.

Mit Hinweis auf die Gesetzeslage verlangten die Arbeitgeber ohne Not weitere Verschlechterungen im Tarifvertrag: Künftig sollen befristete Arbeitsverhältnisse möglich sein und die Nachtarbeitszuschläge reduziert werden. Außerdem soll während des Urlaubs nur noch das Grundgehalt weitergezahlt werden. Über mögliche Verbesserungen, z.B. eine Erhöhung der Vergütungen, verloren die Arbeitgeber kein Wort.

Die IG Medien fordert als Verbesserungen für alle mehr Urlaub und die Anhebung der Sonderleistung auf die Höhe einer Monatsvergütung.

Den beabsichtigten Verschlechterungen wird die IG Medien nicht zustimmen. Die Gewerkschaft braucht aber die Unterstützung der Beschäftigten, um die Forderungen der Arbeitgeber zurückweisen zu können, wenn am 29. Januar 1997 weiterverhandelt wird.

PM der IG Medien

Arbeiterkommunistische Partei Iran: Aufruf

Unterstützen Sie den Kampf der Arbeiter der Erdölindustrie im Iran!

Die Arbeiter der Erdölraffinerien in Teheran, Täbriz, Schiraz und Isfahan, die am 8. und 19. Dezember die Arbeit niedergelegten, gaben der Regierung noch einen Monat Zeit, um ihre Forderung nach einem Flächentarifvertrag zu erfüllen.

Dieser zweitägige Streik begann nach Ablauf einer zweimonatigen Frist, die die Arbeiter zuvor dem Erdölminister gesetzt hatten. Die Raffineriearbeiter im Iran fordern den Abschluß eines Flächentarifvertrags. Sie drohten zugleich mit einem unbefristeten Streik, für den Fall, daß ihre Forderung nicht erfüllt werde.

Im Iran besteht weder ein Recht auf Organisation noch auf Streik, die islamische Republik bedient sich zur Unterdrückung der Arbeiter aller ihr zur Verfügung stehenden Mittel. Verhaftungen und Hinrichtungen von Aktivisten, militärische Besetzung der Betriebe zur Zerschlagung von Streiks und Drohung und Entlassung strei-

Europäischer Marsch gegen Arbeitslosigkeit

15. April bis 15. Juni 1997: Gegen ein Maastricht-Europa!

1996 wurden mehrere bemerkenswerte Initiativen ergriffen, um die Problematik Massenerwerbslosigkeit und Ausgrenzung auf die EU- und europäische Ebene zu heben.

Genannt seien insbesondere

- der vom britischen Europaparlamentarier Ken Coates ausgelöste „Appell für Vollbeschäftigung in Europa“, den auch die stellvertretende Vorsitzende der PDS Sylvia-Yvonne Kaufmann und Christa Luft, Gregor Gysi, Gerhard Jüttemann, Hanns-Peter Hartmann u. a. MdB mit PDS-Mandat unterzeichneten.

- die Großkundgebung „Linkes Europa“ in Paris vom Frühjahr,

- das Treffen von Florenz vom Juni 1996, von dem auch die Idee „Europäischer Marsch gegen Arbeitslosigkeit“ herrührt.

Daß nach Florenz in verschiedenen EU-Ländern über diese Vorhaben und den Aufruf „Europäischer Marsch gegen Arbeitslosigkeit“ diskutiert wurde, geht insbesondere auf die französische Erwerbsloseninitiative *Agir contre le chômage* (AC!) zurück, die im Mai 1994 einen Marsch von Arbeitslosen durch Frankreich organisiert hatte. Sie forderte auf, im Juni 1997 in Amsterdam, wo der Maastricht-II-Vertrag unterzeichnet werden soll, gegen ein „Maastricht-Europa“ zu protestieren. AC! rief Erwerbs- und Wohnungsloseninitiativen, Frauenprojekte, Gewerkschaften, Organisationen und Gruppen für die Interessen von Flüchtlingen auf, nach Amsterdam zu marschieren. Außer in Frankreich nahmen die Initiative Betroffenen in Spanien, Italien, Belgien, Großbritannien und Irland auf. In Deutschland unterstützten Abgeordnete der Grünen im Europäischen Parlament die Verbreitung des Aufrufes. In den Niederlanden wurde ein Unterstützungskomitee gegründet, das die Marschiererinnen und Marschierer begrüßen, versorgen und unterbringen will.

In den Debatten und insbesondere auf dem europäischen Vorbereitungstreffen in Paris am 21./22.9.1996 wurden Unzulänglichkeiten des Florenzer Aufrufes benannt: Konzentration auf die Erwerbslosen, Unterbelichtung der Probleme von Wohnungslosen, Immigrantinnen und Flüchtlingen sowie solcher Fragen wie existenzielles Einkommen, Umweltschutz, Europa ohne Festungsmauern, geschützte Beschäftigung. Ferner wurde vereinbart, neben „linearen“ Marschen nach Amsterdam in den Ländern „zirkuläre“ Marsche zu organisieren. Schließlich können nicht alle, die sich an den Aktionen gegen die herrschende Politik beteiligen möchten, in Amsterdam ankommen.

Im Ergebnis dieser Debatten entstand endgültig der „Aufruf für europäische Marsche gegen Erwerbslosigkeit, ungeschützte Beschäftigung und Ausgrenzung“.

Aufruf

„Zwanzig Millionen Menschen sind heute in der Europäischen Union offiziell als erwerbslos registriert und 50 Millionen leben in Armut. Jeder und jede von uns könnte Opfer dieser Situation werden. Soziale Spannungen werden vertieft. Arbeitslosigkeit und Armut bringen jeden einzelnen in eine unsichere Situation und verschlechtern Arbeitsbedingungen derer, die noch einen Job haben. Löhne und Sozialleistungen

der Mehrheit der Bevölkerung werden nach unten gedrückt. Während einerseits der Rassismus verschlimmert und die Ungleichheit vergrößert werden, geht gleichzeitig die Konzentration des Reichtums, der Produktionsmittel und des Bodens in den Händen weniger weiter. Diese Situation ist unerträglich!

Die Europäische Union hat in diesem Jahr mit der Maastricht-Folgekonferenz (Intergovernmental Conference) eine Diskussion über ihre Zukunft begonnen. Wir sind entschieden dagegen, daß diese Diskussionen sich lediglich auf Fragen der Ausgestaltung der Institutionen beschränken; oder daß hinter der Rhetorik über „Beschäftigung als höchste Priorität“ Maßnahmen beschlossen werden, die Arbeitsplätze noch unsicherer machen. Im Grunde deutet alles darauf hin, daß die sozialen Fragen, die das wichtigste Anliegen der Menschen in unseren Ländern sind, dort unbehandelt bleiben. Wir denken jedoch, daß eine radikale und entschiedene Politik der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit notwendig ist.

Eine solche Politik muß als vorrangige Maßnahme allen Arbeitslosen, Gelegenheitsjobbern und Verarmten ein Leben in Würde ermöglichen. Sie muß den Bauern erlauben, von ihrem Boden zu leben. Dies bedeutet – auch für Einwanderinnen und Einwanderer – das Recht auf Wohnung, auf Bildung, auf Gesundheit, Freizügigkeit, die Gleichstellung von Mann und Frau sowie das Recht auf ein existenzielles Einkommen.

Eine solche Politik muß zum Ziel haben:

- ein Europa der Vollbeschäftigung, in dem jede und jeder, die und der es will, für ein existenzielles Einkommen arbeiten kann,
- die Schaffung neuer Arbeitsplätze besonders in Bereichen wie Gesundheit, Bildung und Umweltschutz, wo heute schon gesellschaftlicher Bedarf besteht,
- eine andere Verteilung des Reichtums, vor allem durch die Besteuerung der Finanzspekulation.

Die Verringerung der Massenarbeitslosigkeit in einer Periode hoher Produktivitätssteigerungen erfordert eine massive Verringerung der Arbeitszeit ohne Lohnverlust, verbunden mit sofortigen Neueinstellungen. Damit diese politischen Vorschläge gehört werden, ist eine Mobilisierung aller erforderlich: Frauen und Männer, Erwerbstätige und Erwerbslose, Bauern, Jugendliche, Rentner und Rentnerinnen – aller in Europa, die von Ausgrenzung betroffen oder bedroht sind.

Wir rufen auf zu europäischen Marschen gegen Erwerbslosigkeit, unsichere Beschäftigung und Ausgrenzung. Um sich im Juni 1997 in Amsterdam zu versammeln, rufen die Unterzeichnenden auf:

- landesweite Komitees aus Gewerkschaften, Initiativen und Einzelpersonen zur Organisation der Marsche zu bilden.
- an den Auftaktveranstaltungen im Januar 1997 in Brüssel teilzunehmen.

Im Kommuniqué von Paris heißt es: Die Marsche werden unabhängig von politischen Institutionen und Organisationen vorbereitet und durchgeführt. „In Respekt dieser Autonomie ist er (der Aufruf - J. D.) offen für den Dialog und bereit, Unterstützung von all jenen Bewegungen zu empfangen, die gegen so-

ziale Ungerechtigkeit, Erwerbslosigkeit und Ausgrenzung kämpfen.“ Zu jenen, die den Aufruf sehr früh in der Bundesrepublik unterzeichnet haben, gehören die MdB mit Mandat der PDS Eva Bulling-Schröter, Barbara Höll, Willibald Jakob, Rolf Köhne, Rolf Kutzmutz, Christa Luft und Uwe-Jens Rössel.

Ferner wurde in Paris festgelegt: • Die Marsche werden in der Zeit vom 15. April bis 15. Juni 1997 durchge-

führt. • Im Februar findet in Brüssel ein europaweites Auftakttreffen statt. • Bezüglich der Marschziele wurde präzisiert: „Die Marsche bieten die Gelegenheit für den Austausch zwischen verschiedenen europäischen Organisationen, die gegen Erwerbslosigkeit, prekäre Beschäftigungsverhältnisse und Ausgrenzung kämpfen. Am Ende der Marsche soll ein europäisches Netzwerk zwischen den beteiligten Organisationen stabilisiert werden können.“ „Das Ziel ist, mehr als 30 000 Demonstrantinnen und Demonstranten aus verschiedenen Ländern nach Amsterdam zu bringen.“

Seit dem Treffen in Paris wurde intensiv gearbeitet. Am 31.10.1996 fand in Hannover das erste bundesweite Koordinierungstreffen statt, das auch ein Sekretariat einrichtete. Dieses besteht aus je einem Menschen aus den bestehenden regionalen Arbeitszusammenhängen – ALSO (Oldenburg) für die Region Weser/Ems, die eine Fahrradtour organisieren will – Arbeitsloseninitiative Mannheim für die Region Rhein/Neckar – WIR (Köln) für das Rheinland – Arbeitsloseninitiative Dortmund für das Ruhrgebiet – Berliner GewerkschafterInnen für die Region Berlin-Brandenburg und einem Vertreter des AK Sternmarsch. Das Sekretariat fungiert als Ansprechpartner für die bundesweite Organisation der Marsche, entwickelt Kommunikation mit der überregionalen Presse, hält die Kontakte zum europäischen Sekretariat in Paris und mobilisiert Finanzmittel für die Arbeit auf BRD- und EU-Ebene.

Bis Ende Januar 1997 geht es um Einmalzahlungen für die internationale Koordinierung, wofür im September in Paris folgende Beiträge vereinbart wurden: für kleine Initiativen: 70 DM, für kleine Gewerkschaften: 170 DM, für große Gewerkschaften: 350 DM, für Einzelpersonen: 170 DM. Die Gelder werden nach Paris überwiesen. Später wird eine Spendenkampagne durchgeführt. Die Bankverbindung ist: Angela Klein, Konto-Nr.: 629105, BLZ: 10010010, Postbank Berlin, Verwendung „Euromarsch – BRD“.

Das erste internationale Koordinierungstreffen ist am 12. Januar 1997 in Hannover und soll Festlegungen für die Organisation der Marschsäulen vereinbaren. Für März 1997 ist die Konferenz „Strategien gegen Massenarbeitslosigkeit“ geplant.

Das erste internationale Koordinierungstreffen fand am 30. November in Brüssel statt, das zweite wird am 1./2.2.1997 ebenfalls in Brüssel durchgeführt. Ende November konnte festgestellt werden: 1. Das European Network



of Unemployment ENU (Europäisches Netzwerk von Arbeitslosen), KAIROS Europa, das Bürgerforum und das Christliche Europäische Forum JOC unterstützen die Marsche. 2. In Belgien werden fünf regionale Marsche durchgeführt, die durch Bürgermeister empfangen werden sollen. Ähnliches ist für Irland vorgesehen, ebenso ein „keltischer Marsch“ (durch Irland, Wales, Bretagne). Unklar ist, wie irische Arbeitslose den Weg nach Amsterdam finanzieren können. In den Niederlande fand am 19.10.1996 die Konferenz des Netzwerkes „Für ein Anderes Europa“ statt, das einen Gegengipfel zum Amsterdamer Regierungsgipfel organisiert. Am 26.10.1996 wurde in Manchester eine Konferenz von Gewerkschaften, Arbeitslosenverbänden und Betroffenen-delegationen aus London, Wales und Birmingham durchgeführt. Trotz der Unterstützung von Labour-Linken ist nicht gesichert, ob 250 Menschen der Marsch nach Amsterdam finanziert werden kann. In der Schweiz ist ein Marsch zwischen Genf, Lausanne und La Chaux-de-Fonds vorgesehen. Die spanische CGT will sich an den Euromärschen beteiligen. In Frankreich haben die etwa 100 örtlichen AC!-Organisationen die Unterstützung der Marsche beschlossen und wollen Marschierende aus Spanien, Portugal, Großbritannien, Deutschland und Irland aufnehmen.

Die internationalen Auftaktveranstaltungen in Brüssel sind nunmehr für den 22. und 23. Februar vorgesehen.

Judith Dellheim,
PDS Sozial Online-Ausgabe

Europäischer Marsch gegen Erwerbslosigkeit, ungeschützte Beschäftigung und soziale Ausgrenzung

Einladung zur 2. bundesweiten Koordination

12. Januar, 11 Uhr, Hannover, Raschplatzpavillon, Raum 8 (Hinterausgang Hauptbahnhof, „Raschplatz“; am Bahnhofsausgang eine Treppe runter, über den freien Platz, ca. 500 m, befindet sich ein Flachbau, das ist der Pavillon. Der Eingang ist auf der Rückseite des Gebäudes.).

Tagesordnungsvorschlag: 1. Bericht von Brüssel 2. Berichte vom Aufbau regionaler Koordinationen und bundesweiter Überblick; auch über die Finanzen 3. Struktur der Marsche / Festlegung der Marschsäulen 4. Koordinationsstruktur 5. Diskussionskonferenz 6. Teilnahme an der Brüsseler Konferenz im Februar

i.A. Angela Klein

Der türkische Staat: eine Terror-Allianz aus Mafia, Polizei und Regierung?

Heidi Lippmann Kasten, MdL Bündnis 90/Die Grünen aus Niedersachsen, über einen Wochenendbesuch in Istanbul Anfang Dezember 1996

Für wenige Tage hat sich in diesem Sommer das internationale öffentliche Interesse den Verhältnissen der politischen Gefangenen in der Türkei zugewandt, als 12 Menschen infolge des Todesfastens in den Gefängnissen starben. Heidi Lippmann-Kasten, MdL aus Göttingen und flüchtlingspolitische Sprecherin von Bündnis 90/Die Grünen im Niedersächsischen Landtag, war während und nach dem Hungerstreik mehrfach als politische Beobachterin in Istanbul. Ihr letzter Besuch Anfang Dezember galt der aktuellen Situation nach dem Unfall von Susurluk, der seit Anfang November die türkische Öffentlichkeit erschüttert.

Des weiteren hat Lippmann-Kasten eine Veranstaltung in dem Istanbuler Stadtteil Gazi beobachtet sowie die Prozeßeröffnung gegen eine des Rauschgiftbesitzes angeklagte Samstagmutter.

Während Staatspräsident Demirel auf Besuch in Deutschland weilte und verkündete, es gäbe keine Menschenrechtsverletzungen in der Türkei, ereignete sich – von der deutschen Öffentlichkeit kaum wahrgenommen – Anfang November in der türkischen Stadt Susurluk ein Unfall, der für den türkischen Staat weitreichende Folgen hat. Was Insider schon lange wußten und anklagten, wurde hierdurch bewiesen: die Verknüpfung und Zusammenarbeit zwischen Regierung, Polizei und Mafia, die nicht mehr länger zu verheimlichende Existenz einer staatlich geförderten Konterguerilla.

Bei einem Zusammenstoß zwischen einem LKW und einem Mercedes wurden drei der vier Insassen des PKW getötet. Als einziger überlebte schwer verletzt der Abgeordnete Sedat Edip Bucak, der gemeinsam in einem Wagen war mit dem international gesuchten Mörder Abdullah Catli, einer ehemaligen Schönheitskönigin aus dem Mafia-Milieu und dem ehemaligen Vizechef der Istanbuler Geheimpolizei Hüseyin Kocadag. Gemeinsam hatten die vier das Wochenende in einem Luxushotel in Kusadasi verbracht, in dem zur selben Zeit auch der inzwischen zurückgetretene Innenminister Mehmet Agar übernachtet hatte.

Sedat Edip Bucak, Parlamentsabgeordneter der Partei des Wahren Weges DYP, ist der einzig Überlebende. Seine Leibwächter, die in einem Begleitfahrzeug folgten, zogen ihn als einzigen aus dem Wrack, während sie die anderen Unfallopfer sich selbst überließen. Bucak unterhält in seiner südostanatolischen Heimatprovinz Sanliurfa eine Privatarmee. Die inoffizielle Schätzung seiner Söldner beläuft sich auf rund 30.000 Personen, von denen einige schwerbewaffnet das Istanbuler Krankenhaus bewachen, in dem Bucak liegt.

Die Verbrechen seiner Leute sind nicht nur staatlich gedeckt, sondern sollen aus den von der ehemaligen Ministerpräsidentin Tansu Ciller veruntreuten Geldern mitfinanziert worden sein. Ein Spezialist des türkischen Geheimdienstes MIT, Mahir Kaynak, gab die Existenz der Konterguerilla mittlerweile offen zu und verwies auf ihre „guten Leistungen für das Vaterland“. Eingese-



Fotos diese und nächste Seite: Istanbul, Galatasaray-Gymnasium Beyoglu, 30. November 1996: eine der ständigen Aktionen der „Samstagmütter“.

setzt mit staatlichem Wissen oder sogar offen im Regierungsauftrag werden sie gegen die PKK und gemäßigte kurdische Oppositionelle. In diesem Zusammenhang werden ihnen mindestens 100 Morde an Kurdinnen und Kurden nachgesagt, die sie unbehelligt begehen konnten. (Die inoffizielle Schätzung spricht von einem Vielfachen). Darüber hinaus sollen sie verantwortlich sein für Waffen- und Drogenschmuggel, Entführungen u.a. Verbrechen, die vor allem der Geldbeschaffung dienen.

Abdullah Catli, früher führendes Mitglied der faschistischen „Grauen Wölfe“ MHP, wurde seit 18 Jahren international wegen mehrfachen Mordes gesucht. Der mutmaßliche Heroin-Großhändler wird nicht nur der Morde an türkischen Linken verdächtigt, sondern soll auch an dem Attentat auf Papst Johannes Paul II im Jahre 1981 und an einem Komplott gegen den aserbaidschanischen Präsidenten Hajdar Alijew beteiligt gewesen sein. Während er weltweit auf den Fahndungslisten von Interpol stand, lebte Catli unbehelligt in der Türkei, ausgestattet mit einem offiziellen Waffenschein und einem vom ehemaligen Innenminister Mehmet Agar eigenhändig unterschriebenen Diplomatenpaß.

Mehmet Agar, DYP-Partei, befand sich im selben Hotel in dem Spielcasino-Paradies Kusadasi und ist nach dem Unfall als Innenminister zurückgetreten. Agar, der als früherer Polizeichef von Istanbul für Folter, Terror, Verschwindenlassen und extralegale Hinrichtungen berüchtigt war, hat inzwischen zugegeben, für 1.000 „Operationen“ (gewalttätige Übergriffe gegen Oppositionelle) verantwortlich zu sein, natürlich alles im Interesse des türkischen Volkes.

In diesen Tagen wird das Parlament über die Aufhebung der Immunität von Mehmet Agar entscheiden.

Tansu Ciller, DYP-Partei, jetzige Außenministerin, war Mitte 1996 als Ministerpräsidentin zurückgetreten, nachdem bekannt wurde, daß sie aus einem Geheimfonds der Regierung ca. 10 Millionen Mark entnommen hatte. Die Drohung, sie wegen Veruntreuung vor Gericht zu stellen, hatte zur Koalition mit der islamistischen Wohlfahrtspartei unter dem neuen Ministerpräsidenten Erbakan geführt. Aus Gründen der „nationalen Sicherheit“ weigert sich Ciller bis heute, Auskunft über die Verwendung der staatlichen Gelder zu geben. Der Verdacht, Ciller hätte hiermit Bucaks Konterguerilla finanziert, verhärtet sich. Darüber hinaus ist sie der Meinung, daß die Konterguerilla gute Arbeit für das türkische Volk geleistet hat.

Obwohl wenige Tage nach dem Unfall durch das Parlament in Ankara ein Untersuchungsausschuß zur Aufklärung der Affäre eingesetzt wurde, ist zu befürchten, daß das Ausmaß der Verknüpfung zwischen Politik, Mafia und Massenmördern größtenteils unter den Teppich gekehrt werden soll, da ansonsten die Türkei die schwerste Krise seit Republikgründung erleben würde. Obwohl viele Details der Allianz vorher bekannt waren, wurden die nun offensichtlich gewordene Verknüpfung zwischen Regierung, Konterguerilla, Drogen-, Prostitutions- und Glücksspielmafia als Spekulation abgetan.

Doch trotz der Vertuschungsversuche von Ciller u.a. häufen sich die Indizien, daß aus staatlichen Geldern mit Wissen und Billigung oder sogar auf Initiative führender Politiker, Militärs und Polizei-offiziere eine Untergrundorganisati-

on finanziert wird, die sich aus rechts-extremistischen Terroristen, Geheimdienst und gewöhnlichen Kriminellen zusammensetzt.

Über den Rücktritt des Innenministers hinaus rollen weitere Köpfe. So wurde am 6. Dezember der Istanbuler Polizeipräsident Kemal Yazicioglu, sein Stellvertreter Bilgi Ünal und der Chef der „Abteilung für besondere Operationen“ Ibrahim Sahin aus dem Dienst suspendiert. Darüber hinaus wurden vier früher zu dieser Abteilung gehörende Polizeibeamte entlassen, weil sie des Mordes an dem Hotel- und Spielcasino-besitzer Ömer Lütfü Topal, der im Sommer erschossen wurde, verdächtigt werden. Nach dem Mord an Topal waren die vier Bucak als Leibwächter zugeteilt worden. Von Topal, dessen Spielcasinos ca. 8 Milliarden Dollar erwirtschaftet und die als Waschanlage für die Schwarzgelder der Konterguerilla-Geschäfte gedient haben sollen, war zuvor Schutzgeld erpreßt worden.

Ansichts der gewichtigen Vorwürfe der mafiösen Verbindung mit Regierung und Politik, die sich auch gegen Ciller richtet, reichen dieses Auspendieren hoher Polizeichargen nicht aus.

Lückenlose Aufklärung gefordert

Der Ruf nach einer lückenlosen Aufklärung der kriminellen Allianz wird daher in breiten Teilen der Gesellschaft immer lauter. So z.B. von mehreren Anwaltskammern, die mittlerweile eine Demonstration mit ca. 12.000 Rechtsanwälten planen. Ihr Angebot, die Polizei bei der Aufklärung zu unterstützen,

Fortsetzung nächste Seite oben

Fortsetzung von Seite 13:

Der türkische Staat ...

ist bisher nicht angenommen worden. So wurde es auch abgelehnt, eine staatlich unabhängige Untersuchungskommission aus Künstlern, Rechtsanwälten und Intellektuellen zuzulassen. Das Zustandekommen der geplanten Anwaltdemonstration ist jedoch eher unwahrscheinlich, da jeglicher Protest aus der Bevölkerung von vornherein unterbunden oder mit massiver polizeilicher Gewalt beendet wird.

So wurden z.B. auch am vergangenen Sonntag in dem Istanbul Stadtteil Gazi, in dem im März 1995 zahlreiche Menschen bei Auseinandersetzungen von der Polizei ermordet wurden, eine Veranstaltung des dort im Sommer d.J. gegründeten Volksparlamentes verhindert. Gemeinsam mit kritischen Anwälten vom Halkin Hukuk Bürosu (Rechtsbüro des Volkes) und den Samstagsmüttern sollte am Friedhof von Gazi eine Erklärung abgegeben werden, die die lückenlose Aufklärung der Verknüpfung zwischen Staat und Mafia forderte. Die Veranstaltung wurde jedoch zu einem Massenspektakel der Istanbul Polizei. In Anwesenheit des zweiten Polizeipräsidenten von Istanbul, Kemal Bayrak, verhinderten 3.000 Polizisten die Kundgebung. Es kam zu mindestens 10 Festnahmen, darunter Rechtsanwälte sowie die Mutter von Sezgin Engin, der im März 1995 von Polizisten in Gazi erschossen wurde. Die Straßen von Gazi wurden durch massive Polizeieinheiten abgeriegelt.

Als Standort der o.g. Veranstaltung wurde der Friedhof von Gazi gewählt, auf dem sieben im März 1995 ermordete Menschen begraben sind. Der Protest richtete sich gegen die Verzögerung des in diesem Zusammenhang zur Zeit ausgesetzten Verfahrens. Hierauf verwies der Vater von Hasan Ocan, der nach den Ereignissen im März 1995 von der Polizei nachweislich verhaftet wurde, Monate lang verschwunden war und später stranguliert, gefesselt und mit Folterspuren tot aufgefunden wurde.

Das Volksparlament von Gazi

In diesem Stadtteil (ca. 60.000 Aleviten, 20.000 Sunniten) am Rande Istanbuls herrscht schon seit einigen Jahren quasi der Ausnahmezustand: Zugangskontrollen von mit Maschinenpistolen im Anschlag bewaffneten Sicherheitskräften an allen Einfallstraßen und die ständige Präsenz größerer Polizeieinheiten beeinträchtigen das Leben der in Gazi wohnenden und arbeitenden Menschen erheblich. Am 12. März 1995 kam es hier nach polizeilichen Übergriffen zu einer Art Aufstand, in dessen Verlauf sieben Menschen von der Polizei erschossen wurden.

Neben der mangelhaften Wohnraum-, Elektrizitäts-, Wasser- und Kanalisationsversorgung, unzureichender medizinischer Versorgung und massiver sozialer Probleme (so z.B. bedrohliche Zunahme von Drogenkonsum bei Kindern und Jugendlichen und Prostitution) hat insbesondere die ständige Bedrohung durch die Polizei zu der Gründung eines Volksparlamentes geführt. Dieses setzt sich zusammen aus Arbeitern, Angestellten, Händlern, Anwälten und Ärz-

ten, VertreterInnen von Vereinen und Parteien, Aleviten, Sunniten, Kurden, Lazen und anderer ethnischer Gruppen, die sich zum Ziel gesetzt haben, die Lebensbedingungen in ihrem Stadtteil zu verbessern und die staatliche und polizeiliche Willkür nicht länger angstvoll zu ertragen.

Konkrete Maßnahmen und Projekte werden in Selbsthilfe angeboten. So z.B. gesundheitliche Aufklärung, von Ärzten und Apothekern kostenlos angebotene ärztliche Untersuchung und Versorgung (häufige Diagnose: Unterernährung und Tuberkulose), soziale Veranstaltungen, spezielle Angebote für Kinder und Jugendliche, Verhandlungen mit der Stadtverwaltung bezüglich Wasserver- und Entsorgung.)

Die Samstagsmütter

Seit einem Jahr gibt es in mehreren türkischen Städten die sog. Samstagsmütter. In Istanbul versammeln sich jeden Samstag von 12.00 bis 12.30 Uhr vor dem Galatasaray-Gymnasium im Zentrum des Stadtteils Beyoglu Mütter und

nen sollten. (Dies obliegt in der Regel dem Bürgermeister oder einem unabhängigen Nachbarn.) Der „Hürriyet“-Journalist verweigerte allerdings die Unterschrift. Vier Frauen, die sich in Oyas Wohnung während der Razzia aufhielten, blieben entgegen der sonst üblichen Praxis vollkommen unbehelligt. Während der Vorverhandlung hatte sich der Richter geweigert, die Frauen anzuhören.

Bei der Prozeßeröffnung am Montag, dem 2.12.96 vor der 1. Strafgerichtskammer in Istanbul (Beyoglu) wurde Oya, die von 30 Rechtsanwälten vertreten wird, aus der Untersuchungshaft entlassen. Obwohl rings um und im Gerichtsgebäude massive Polizeieinheiten aufmarschiert waren, ließen sich über 100 Freunde und Angehörige von Oya nicht davon abhalten, durch Anstecker am Revers dagegen zu protestieren, daß die engagierte Samstagsmutter als Rauschgiftdealerin kriminalisiert wird, und forderten ihre Freilassung. Die Angeklagte schilderte dann selbst, wie ihr das Heroin untergeschoben wurde, und bezeichnete dies als Komplott. - Die Ver-

allen möglichen staatlichen Repressen ausgesetzt, wie z.B. 24-Stunden Überwachung, Abhören von Telefonaten bis hin zu regelmäßigen Verhaftungen. So ist es keine Seltenheit, daß ein engagierter Anwalt pro Jahr mehrfach festgenommen wird und bis zu 15 Tage in Polizeigewahrsam verbleibt.

Deutsche Unterstützung für die türkische Mafia?

Obwohl seit Jahren bekannt ist, daß in der Türkei nur eine Scheindemokratie ohne rechtsstaatliche Normen herrscht, sondern statt dessen staatliche Gewalt, Terror und Unterdrückung herrschen, hat die Bundesrepublik als Hauptunterstützerland in der Vergangenheit an den NATO-Partner Türkei wirtschaftliche und militärische Unterstützung in Milliardenhöhe geleistet und so direkte Beihilfe zum Völkermord an kurdischen Volk sowie zur andauernden Unterdrückung oppositioneller Kräfte geleistet.

Die jetzt nach dem Unfall von Sursuluk offensichtlich gewordene Verknüpfung zwischen dem tür-

kischen Staat in all seinen Facetten, d.h. Mitgliedern der Regierung, verschiedener politischer Parteien, des Nationalen Sicherheitsrates, von Polizei, Militär und letztendlich auch Justiz einerseits und der Drogen-, Glücksspiel-, Prostitutions- und Mörder-Mafia andererseits zeigt deutlich, welches Unrechtssystem hier von der deutschen Regierung unterstützt wurde. Angesichts des Ausmaßes dieser Verknüpfungen und der anhaltenden Versuche von Ciller u.a., diese als im öffentlichen Interesse liegend zu rechtfertigen, ist die Differenzierung zwischen Staat einerseits und Mafia andererseits



Angehörige von Verschwundenen, Ermordeten und politisch Verfolgten zu einer Mahnwache. Ihr stiller Protest richtet sich gegen die staatliche Verfolgung und den Terror, dem ihre Kinder ausgesetzt sind. Die Zahl der von Staatsseite Verschwundenen wird auf über 500 geschätzt.

Über die Mahnwachen hinaus hat sich ein Teil der Samstagsmütter in Solidarität mit dem 69 Tage andauernden Hungerstreik und Todesfasten der politischen Gefangenen von Mai bis Juli 1996, bei dem 12 Inhaftierte zu Tode kamen, vorübergehend selbst in den Hungerstreik begeben. In dieser Zeit wurden die Frauen schon auf dem Weg zu ihrer Mahnwache von der Polizei unter Gewaltanwendung verhaftet. Manche Frauen, darunter über 70jährige, wurden erst nach Tagen wieder aus dem Polizeigewahrsam, wo sie Mißhandlungen ausgesetzt waren, entlassen.

Als eine der führenden Personen der Samstagsmütter wurde mehrfach die im Rollstuhl sitzende Oya Gökayrak verhaftet. Nachdem alle politischen Kriminalisierungsversuche fehlschlagen, wurde Oya Anfang Oktober wegen Rauschgiftbesitzes verhaftet. 15 Beamte des Rauschgiftdezernates hatten in ihrer Wohnung eine Razzia durchgeführt, wobei ein Beamter sofort nach Betreten der Wohnung in Oyas Rollstuhl zielgerichtet 17 Gramm Heroin „entdeckte“. Begleitet wurde die Polizei von zwei Journalisten der Tageszeitungen „Hürriyet“ und „Sabah“, die das Durchsuchungsprotokoll unterzeich-

handlung wird zu einem späteren Zeitpunkt fortgesetzt.

Von der Internationalen Liga für Menschenrechte (Paris-Berlin) wurden am vergangenen Wochenende die Samstagsmütter mit der Carl-von Ossietzky-Medaille ausgezeichnet.

Halkin Hukuk Bürosu (Rechtsbüro des Volkes)

Das Halkin Hukuk Bürosu ist ein Zusammenschluß von kritischen Rechtsanwälten, die sich der Verteidigung politischer Verfolgter widmen. In Zusammenarbeit mit anderen Anwältevereinen und Organisationen, so z.B. der Plattform für Recht und Freiheit, gewähren sich politisch Verfolgten bei Bedarf unentgeltlich Rechtshilfe. Ihr Engagement richtet sich nicht nur auf die Angeklagten selbst, sondern umfaßt insbesondere auch ihre Angehörigen. Darüber hinaus setzen sie sich ein für eine Verbesserung der Haftbedingungen und im Rahmen des sehr eingeschränkten türkischen Justizsystems für rechtsstaatliche Prozesse unter Beteiligung der Angeklagten und ihrer Verteidiger. Während des Hungerstreiks im Sommer dieses Jahres haben die Anwälte teilweise als Unterhändler zwischen den Gefangenen, Gefängnisleitung, Justizministerium und der zum Ende des Todesfastens eingerichteten Kommission aus Künstlern und Intellektuellen fungiert. Als Verteidiger von politisch Verfolgten werden sie häufig als sog. „Terroristenanwälte“ bezeichnet und sind

allerdings nicht länger aufrechtzuerhalten. Statt dessen muß auch endlich die deutsche Bundesregierung erkennen, daß sie über Jahre hinweg einen mafiösen Staatsapparat gestützt hat.

Die ständig wachsende Opposition innerhalb der Türkei und das anhaltende Entsetzen in breiten Bevölkerungsschichten, das der Unfall von Sursuluk ausgelöst haben, zeigen deutlich, wie wichtig in dieser Situation einschneidende Veränderungen sind. Was die Türkei jetzt dringend braucht, ist nicht nur eine personelle Erneuerung auf allen Ebenen, sondern eine strukturelle Systemveränderung hin zu einem demokratischen rechtsstaatlichen System unter Achtung der Menschenrechte.

Dieses kann allerdings nur gelingen, wenn der internationale Druck auf die Türkei verstärkt wird. Eine wesentliche Rolle spielt hierbei die Bundesregierung, die endlich ihren politischen Kurs gegenüber der Türkei ändern und klare Forderungen stellen muß. Darüber hinaus muß die internationale Staatengemeinschaft noch deutlicher als bisher klarstellen, daß die Türkei so lange keine Unterstützung erhält, bis entsprechende strukturelle Veränderungen in allen Bereichen sichergestellt sind. Die Forderungen Tansu Cillers vor dem Gipfel in Dublin, die Türkei müsse im Rahmen der EU-Osterweiterung im nächsten Jahr endlich als EU-Mitglied aufgenommen werden, zeigen deutlich, daß die Absage der Aufnahme der Türkei klarer erfolgen muß.

(Heidi Lippmann-Kasten, 16.12.1996)

Gegen soziale Ausgrenzung und rechte Strategien

19. Landeskonzferenz antifaschistischer Initiativen und Organisationen in NRW

Die Bundesregierung will die „Zukunft“ sichern und stellt sich als Garantin des Fortschritts dar. So begründen die Regierungsparteien CDU/CSU und FDP ihre Politik des sozialen Kahlschlages, in Übereinstimmung mit den Vertretern der Unternehmerverbände.

Sie machen damit deutlich, daß es bei ihren immer neuen Angriffen auf soziale Rechte um eine grundlegende Veränderung des sozialen Gefüges der Bundesrepublik geht. Sie wollen eine großangelegte Umverteilung von unten nach oben und die Ausgrenzung der „sozial Schwachen“. Solidarität und soziale Sicherung haben in diesem Konzept keinen Platz, die Inhalte dieser Begriffe sind ausgehöhlt worden.

Auch diese Entwicklung gehört dazu, wenn wir sagen: Die Gesellschaft driftet weiter nach rechts.

Der soziale Kahlschlag verschärft die Widersprüche in der Gesellschaft und schafft den Boden für die Ausbreitung von rechtem Gedankengut. Es ist deshalb falsch, Antifaschismus auf den Widerstand gegen offen faschistische Organisationen einzuengen. Der Widerstand gegen die konservativ-wirtschaftsliberale Umgestaltung der Gesellschaft gehört dazu, zumal sich die Strategien der „Neuen Rechten“ und der Regierungsparteien immer offener gegenseitig beeinflussen.

Sie treffen sich auf der Grundlage einer völkisch-nationalistischen Politik, die nach außen deutsche Großmachtansprüche erhebt – die auch militärisch verfolgt werden sollen – und im Inneren mehr als 5 Mio. Migrantinnen und Migranten demokratische Rechte vorantreibt.

Diese Zusammenhänge sollen auf der 19. Landeskonzferenz antifaschistischer Initiativen und Organisationen NRW ebenso zur Sprache kommen wie die Entwicklung bei den faschistischen Organisationen.

Auch hier ist keineswegs „Entwarnung“ angesagt. Die REP stabilisierten sich bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg und den Kommunalwahlen in Niedersachsen. Die DVU schaffte in Schleswig-Holstein fast den Einzug in den Landtag. Gerade in Nordrhein-Westfalen entwickeln sich „Runde Tische“ und die „Jungen Nationaldemokraten“, die Jugendorganisation der NPD, zu Sammelbecken von ehemaligen Mitstreitern militanter faschistischer Organisationen. Die NPD hat ihre Landeszentrale in Bochum-Wattenscheid.

Wie bei den vergangenen Konferenzen geht es uns darum, Möglichkeiten zum Widerstand zu erörtern und die Zusammenarbeit der verschiedenen Kräfte, die der Rechtsentwicklung, rassistischer Politik und dem Militarismus entgegenzutreten wollen, zu fördern. Sie findet kurz vor dem Gedenktag an die Befreiung des KZ Auschwitz und dem Jahrestag der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler statt:

Samstag, 25. Januar, ab 10.30 Uhr, in Bochum, Heinrich-Böll-Gesamtschule

Unterstützer/innen:

Antifaschistische Bochumer Stadtkonferenz; Antifaschistisches Forum Essen; AStA der ev. Fachhochschule Bochum; AStA der Ruhruniversität Bochum; Bündnis 90/Die Grünen Kreisverbände Bochum und Herten; Bürgerinitiative Velbert für Völkerverständigung e.V.; DFG-VK Landesverband NRW; DIDF; DKP Bezirk Ruhr-Westfalen; Förder-

kreis Friedenserziehung und Völkerverständigung e.V., Bochum; Hertener Aktionsbündnis gegen Neofaschismus; IFAK e.V. Bochum; Internationaler Kulturverein Wattenscheid; JungdemokratenInnen/Junge Linke NRW; Ostermarsch-Komitee Ruhr; PDS-Landesverband NRW und Kreisverband Bochum; Stadtteilladen Regenbogen – Internationaler Kulturverein Dahlhausen e.V.; „Terre des Femmes“, Bochum; Unabhängige Antifa Aktiv (UAA) Essen; VVN-BdA, Landesverband NRW und Kreisverband Bochum; VSP Bochum; Zentrum Bahnhof Langendreer. Ulla Jelpke, MdB PDS.

Veranstalter:

Bildungswerk der DFG-VK NRW in Zusammenarbeit mit dem Koordinationsausschuß gez. Koordinationsausschuß der Landeskonzferenz, c/o W. Freye, Postfach 10 03 65, 45003 Essen

Programm der 19. Landeskonzferenz antifaschistischer Initiativen u. Organisationen NRW

Plenum, 10.30 - 12.45 Uhr

Eröffnung der Konferenz, anschließend folgende Beiträge:

- ♦ „Neue Rechte“ – Strategische Überlegungen bei Konservativen und Faschisten (Helmut Kellershohn, DISS)
- ♦ Revanchismus und die Politik der Bundesregierung (Annelie Buntenbach, MdB Bündnis 90/Die Grünen)
- ♦ Sozialer Kahlschlag – auch hier geht es um Rechtsentwicklung (Klaus Orth, Bezirksvorsitzender der Gewerkschaft ÖTV – angefragt)

Arbeitsgruppen, 13.30 - 16.45 Uhr

1. Neue Entwicklungen bei faschistischen Organisationen und bei der „Neuen Rechten“ – Die Rolle von „Runden Tischen“ und NPD/JN (Ulrike Bach, Redaktion „Antifaschistische Nachrichten“; Helmut Kellershohn, DISS; Boris Hempel, Journalist)
2. Rechte Rockmusik: „Böhse Onkelz“ und Darkwave (Alfred Schobert, DISS)
3. Frauen und die extreme Rechte – Frauen als Zielgruppe und Aktivistinnen (Gudrun Hentges, Büro MdB Ulla Jelpke)
4. Faschismus im Alltag: Esoterik, „Neuheiten“ und New Age (Antifaschistisches Bildungswerk Bielefeld)
5. Ökofaschismus (Karin Schöller, PDS)
6. Umtriebe der IG Farben in NRW – Auflösung immer noch nicht durchgesetzt (Peter Gingold, VVN-BdA; Bayer-Coordination – angefragt)
7. Die Goldhagen-Debatte: Zur Tradition und Gegenwart des Antisemitismus (Dr. Hubert Schneider, Ruhr-Uni)
8. Deutscher Militarismus und NATO: Bundeswehreinsetzung in Jugoslawien – NATO-Osterweiterung (Felix Oekentorp, Ansgar Schmidt, DFG-VK)
9. Rückgriffe auf Methoden völkischer Außenpolitik – Revanchistische Landsmannschaften in Polen (Hunno Hochberger, Osnabrück; ein Vertreter einer polnischen Organisation)
10. Beziehungen BRD – Türkei – Solidarität mit demokratischen Organisationen in der Türkei (Kemal Bozay, DIDF und eine Vertreterin der DFG-VK)
11. 1997: „Jahr gegen den Rassismus“ – Bundesregierung verschärft Ausländergesetze (Katina Schubert, Büro MdB Ulla Jelpke)

12. Die neoliberale Umgestaltung von Wirtschaft und Politik – Förderung von Faschismus und Rassismus?! (Wolfgang Dominik, VVN-BdA Bochum)

13. Abbau des Sozialstaates – gewerkschaftliche Gegenwehr gegen Rechts (Dieter Krause, Gewerkschaft ÖTV)

Bei zu wenig Teilnehmer/innen werden einzelne Arbeitsgruppen eventuell zusammengelegt.

Abschlußplenum 16.45 - 17.30 Uhr

Kurzberichte aus Arbeitsgruppen, eventuell vorliegende Anträge oder Resolutionen, weitere Arbeit des Koordinationsausschusses.

Außerdem für alle, die daran Interesse haben: In Form eines Workshops wird während der Konferenz die Nutzung des Internets bzw. der E-Mail durch Faschisten demonstriert (NADESHDA-Mailbox, Düsseldorf). Ein Computer zur Demonstration ist vorhanden.

Spenden für die Konferenz und die weitere Arbeit des Koordinationsausschusses bitte auf das Konto

D. Peikert, VVN-BdA Aachen, Bank für Gemeinwirtschaft, Konto Nr. 1026900100, BLZ 390 10 111; Stichwort (nicht vergessen!): „Antifa-Landeskonferenz NRW“.

TERMINE

11. Januar: „Der Castor kommt im Konvoi – Wir auch“ Der BBU lädt ein zu einem bundesweiten Koordinierungstreffen gegen die geplanten Sammeltransporte der CASTOR-Behälter. Im Büro der BIU Hannover, Stephanstr. 25, 30449 Hannover, Tel. 0511-443303. Kontakt und ausführliche Infos über BBU-Vorstand, W. Kühr, Tel. 0228-214032, Fax 0228-214033.

17./19. Januar: PDS-Parteitag, Schwerin.

2. März: Kommunalwahlen in Hessen

8./9. März: Frühjahrstreffen der Gruppe Kommunistische Arbeiterzeitung im Raum Heidelberg. U.a. Bericht der neuen Redaktion, Bericht der Genossen, die der DKP beitreten wollen. Infos und Anmeldungen bei der KAZ-Redaktion, Schwanthalerstr. 139, 80339 München.

14., 15. und 16. März: Marxismus an der Schwelle zum 21. Jahrhundert: Bilanz und Perspektiven. Bundesweite, offene wissenschaftliche Tagung an der Uni Hannover (Conti-Hochhaus, Königswörther Platz 1. Initiatorenkreis: Joachim Bischoff (Hamburg), Frank Deppe (Marburg), Uwe-Jens Heuer (Berlin/Bonn), Heinz Jung (Frankfurt/M.), Fred Schmid (München/Essen). Infos bei: Marxismus-Tagung, c/o IMSF e.V., Kölner Str. 66, 60327 Frankfurt/Main.

15./16. März: Frühjahrstagung der Bundeskonferenz BWK in Köln.

22./23. März: Kommunalpolitische Konferenz der PDS in Leipzig.

31. Mai: Öffentliches Jahrestreffen von Redaktion und Herausgabekreis des „Kurdistan-Rundbriefs“ in Köln-Riehl, Jugendgästehaus, An der Schanz.

29.-31.8.: UZ-Pressfest in Dortmund.

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik – erscheint vierzehntäglich.

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, 50674 Köln, Zülpicher Straße 7. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruska, Herbert Stascheit, Hardy Vollmer.

Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider; für Reportagen und Berichte regional: Jörg Detjen; für Aus Ostdeutschland: Herbert Stascheit; für aus Betrieben und Gewerkschaften: Alfred Küstler; für Diskussion / Dokumentation und Letzte Seite: Martin Fochler

Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen.

Vierteljährliche Beilage: Rundbrief der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“.

Redaktionsanschrift: GNN-Verlag, Postfach 260 226, 50515 Köln. Hausadresse GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 02 21 / 21 16 58, Fax: 02 21 / 21 53 73.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 02 21 / 21 16 58, Fax: 02 21 / 21 53 73. Konto: Postgiroamt Köln, BLZ 370 100 50, Konto Nr. 104 19 - 507. Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,00 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 39 DM (Förderabo 65 DM), ein Jahresabonnement kostet 78,- DM (Förderabo 130 DM). Für Bezieher aus den neuen Bundesländern, Personen in Ausbildung und Arbeitslose: 52,- DM. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt. Druck: Tribüne Druck GmbH, 12435 Berlin.

Nachrichtenverbindungen: Berlin: GNN-Verlag, Dieffenbachstr. 33, 3. Hof, Eing. C, 10967 Berlin, Tel. 030 / 69 40 10 39, Fax: 030 / 69 40 10 41. Hamburg: GNN-Verlag, Palmstraße 24, 22767 Hamburg, Tel. 040 / 38 13 93, Fax: 040 / 3 89 83 31. Hannover: GNN-Verlag, Elisenstr. 40, 30451 Hannover, Tel. 05 11 / 4 58 37 93. Köln: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 02 21 / 21 16 58, Fax: 02 21 / 21 53 73. München: GNN-Verlag, Schwanthaler Str. 139, 80339 München, Telefon und Fax: 089 / 5 02 81 12. Schkeuditz (bei Leipzig): GNN-Verlag, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz, Tel. 03 42 04 / 6 57 11, Fax: 03 42 04 / 6 58 93. Stuttgart: GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32.

Politische Berichte – zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe der Politischen Berichte

☐ 4 Ausgaben für 10 Mark (beilegen) zum Kennenlernen.

☐ im Halbjahres- / Jahresabo (39,- bzw. 78,- DM je Einzelabo)

☐ im (Halbjahres)-Förderabo (65,- DM je Einzelabo).

☐ Halb- / Jahresabo für neue Länder (26,- bzw. 52,- DM im Jahr)

☐ Bankelzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen.

Einsenden an: GNN, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln oder an eine regionale Bestelladresse.

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Konto-Nr./BLZ:

BankUnterschrift

Der Teil I des Beitrags (PB 26/96) versuchte, angeregt durch die Bände *Klassiker des Sozialismus*, eine Aktualisierung der sozialistisch-theoretischen Erbschaftsproblematisierung. Ferner führte das auf kurz eingeleitete Gedanken zur Utopie sowie aktuelle Realexperimente der Tauschbörsen als Alternativen zur kapitalistischen Ökonomie. Im Teil II sollen angeschnittene Problemfragen vertieft werden; vorgestellt wird eine Publikation mit Kurt-Eisner-Schriften.

Jenseits von Klassik, Revolutionsromantik und Avantgarde

Klassiker des Sozialismus: Plädoyer für einen Sozialismus ohne Klassik (Teil II)

„Es scheint, daß heutzutage die Philosophen zwar nicht Könige werden, aber doch etwas, was unter heutigen Verhältnissen ein fernes Analogon dazu bildet.“

Der Neukantianer Paul Natorp über Kurt Eisner

Bild rechts: Kurt Eisner 1918

Kurt Eisner fehlt in den beiden Bänden *Klassiker des Sozialismus*. Dabei hätte der Vorkämpfer der Münchner Räterepublik von 1918 und schließlich Erste Vorsitzende des Arbeiter- und Soldatenrates durchaus seinen Platz als Klassiker – obwohl auch anders zu argumentieren wäre: daß Eisner schon zur nachklassischen Zeit des Sozialismus gehört, viel eher zur romantisch-experimentellen, die die Avantgardeidee herausbildete.

Es ist ein Hinweis auf Eisners Leistungen auch im theoretischen Gebiet, etwa die kritische Auseinandersetzung mit Nietzsche, das Buch *Psychopathia spiritualis*, geboten. Er liefert eine der frühesten Kritiken der Philosophie Nietzsches und verurteilt scharf den Zeitgeist einfluß auf Kulturpessimismus. Eisner zeigt auf, inwieweit der Einfluß Nietzsches etwa auf Julius Langbehn und dessen Propaganda vom „Rembrandtdeutschen“ im Bildungsbürgerlichen und damit im sozialen Rahmen des Kapitalismus begründet ist. Zum anderen unterzieht Eisner über die „Herrenmoral“ Nietzsches hinaus dessen „Rassenfanatismus“ einer scharfen Kritik, mit entsprechendem Weitblick: „Der ganze Rassenunsinn verlohnte nicht der Widerlegung, wenn er sich nicht in die Handlungen der Menschen eingefressen hätte. Der begriffliche Unfug wird eine frevelhafte Fahrlässigkeit und strafwürdige Gewissenlosigkeit, wenn man auf dieses mythische Ungefahr und Nichtweither praktische Folgerungen baut: Antisemitismus.“ Nietzsche sei „aus Menschenhaß Antisozialist“ (und man bedenke diese Kritik durchaus im Lichte der Gegenwart, wo sich Nietzsche nicht zufällig einer trüben Beliebtheit erfreut). Dagegen setzt Eisner ein klares Zielbild vom solidarischen Menschen. Er operiert hier allerdings – und das ist entscheidend – nicht materialistisch am Marxschen Gedanken der praktisch-sinnlichen Vergesellschaftung des Menschen, sondern ethisch: Eisner steht im engen Kontakt zum Neukantianismus der Marburger Schule, zu Paul Natorp und Hermann Cohen. Gegen Nietzsche diskutiert Eisner ganz im Sinne einer revidierten Kantischen Moralphilosophie, der praktischen Ethik also, daß „die Weltanschauungen des Individualismus und Sozialismus“ keine Gegensätze seien, sondern „umgekehrt sich gegenseitig bedingende und ermöglichende Ergänzungen“. Was hier noch unter handhabbaren Begriffen zusammengedacht ist (und im übrigen durchaus mit Hegelscher Gesellschaftsdiagnostik, erst recht mit Marxscher im Einklang ist), begründet sich allerdings rein moralistisch in einer idealen Ver-

bindung und Vereinheitlichung von „Egoismus“ und „Altruismus“ (d.h. die Lehre von der Selbstlosigkeit).

Dieser sogenannte ethische Sozialismus, den die Marburger Schule vertreten hatte, versuchte das Kantische Sittengesetz¹ mit der Marxschen Kritik der politischen Ökonomie zu verbinden, ja, Kant galt Hermann Cohen sogar als der „wahre und wirkliche Urheber des deutschen Sozialismus“. Diese Positionierung von Kant und Marx stand einerseits gegen den ökonomischen Determinismus, also gegen die Annahme, gleich ob in revisionistischer oder revolutionärer Variante, der Kapitalismus würde von selbst, automatisch, seinen Weg zum Sozialismus schon gehen und auch das, was Sozialismus heiße, sei schon angelegt. Dagegen wollte sich der ethische Sozialismus einen – wie Eisner sagt – Pessi-Optimismus offenhalten, der den Menschen durchaus auf sein Ziel festlegt, nicht aber Ziel und vor allem nicht den Weg unabdingbar determiniert. Der ethische Sozialismus war, kurzum, gedacht als Sozialismus der Aktion, eben eine Übertragung der Kantischen sittlichen Handlungsmaxime auf das Handeln der Arbeiterklasse. Gleichwohl richteten sich die Neukantianer gerade auch gegen das noch Metaphysische an Kant, verteidigten also seinen systematischen Ansatz mit einem an Marx geschulten Wissenschaftsverständnis. Dies galt sowohl gegen theoretischen wie praktischen Subjektivismus, mithin gegen Eduard Bernsteins Revisionismus, der die Auffassung vertrat, man könne „wollen, daß Ausbeutung, Unterdrückung und Not von der Erde verschwinden“, man könne sich also den Kapitalismus sozusagen *wegwünschen*. Es ging um die Widerlegung des Bernsteinschen Diktums, daß das Endziel, was immer es sei, gar nichts, die Bewegung alles sei. Dagegen Eisner: „Die Bewegung ist wissenschaftlich nichts, das Ziel ist wissenschaftlich alles.“

Allerdings, so ist es auch in dem Buch an den Schriften Eisners nachzuvollziehen, ist diese Marx-Kant-Variante zur Lösung des Theorie-Praxis-Problems noch nicht dialektisch zu Ende gedacht (es müßte ja heißen: die Bewegung macht erst das Ziel, erst die so vollbrachte Orientierung aufs Ziel macht die Bewegung; das Ziel ist *alles* Bewegung und vice versa mithin). So steht dieser Ansatz nicht nur gegen Bernstein, sondern auch gegen „anarchistische Schwadroniere“ und „Wirrköpfe“ sowie gegen Rosa Luxemburgs Gewichtung des Spontanen in der Massenbewegung. Eisner setzt, ganz Kantisch nämlich, die Parteiordnung und Disziplin dagegen. Erst aus der Erfahrung des Krieges heraus und im Licht der sich regenden Revolutionsbewegung zur Münchner Republik hin, überwindet Eisner diesen preußischen Faden des Kantischen Idealismus, der sich in der Partei verstrickt zu haben schien. Am 7. Januar 1917 sagt Eisner in seiner Rede auf der „Gemeinsamen Konferenz der Arbeitsgemeinschaft und der Gruppe Internationale“: „Es ist in der Tat so, daß das, was wir jetzt im Krieg erlebt haben, nur sichtbar gemacht hat, was längst in der Partei gewesen ist ... Denn mir

scheint, es war schon vor dem Kriege so, daß an die Stelle des Lebens die Routine getreten ist, daß unsere Parteiorganisation entseelt und erstarrt war, daß, was wir in merkwürdiger Form in unserer Organisation unbeachtet nachgeahmt haben, die Organisation des preußischen Kasernenstaates gewesen ist. Es ist deshalb gar kein Zufall, daß diese Organisation, als die Weltkatastrophe hereinbrach, als reife Frucht diesem Kasernenstaat in den Schoß fiel ... Es ist namentlich der Begriff der Disziplin, der gar nichts mit Demokratie und Sozialismus zu tun hat, vielmehr ein Begriff des Militarismus ist, der uns geistig und seelisch gelähmt hat. Wir haben es in unserer Organisation allmählich dahin gebracht, daß wir auch insofern die Karikatur des Preußischen Staates geworden sind, daß die Untertanen zwar auf die Regierung schimpfen, daß wir aber alle Geschäfte der Regierung überlassen.“ Die ethisch-humanistische Konsequenz heißt für Eisner: „Wir sollten die Zeit viel eher als zum Nachdenken über Gründung einer Organisation dazu verwenden, in den Massen den Kampfgeist zu beleben ... Massenaktionen, das hört sich sehr schön an, aber ich vermisste, daß die Masse aus einzelnen besteht und daß jeder einzelne bereit ist, diese Massenaktion mit seiner Person zu führen. Diese Abstumpfung des Persönlichkeitsbewußtseins der einzelnen Parteigenossen, dieses Verkröchen hinter die Masse, das ist es, was diese Heroen der Bürokratie immer beseelt hat.“ (S. 229f.) In der Münchner Räterepublik hat dies einen kurzen, aber kraftvollen Ausdruck gefunden.

Theoretisch bleibt der ethische Sozialismus fraglich: er vermag zwar stärker als der Leninismus die Macht und das Recht der Einzelnen betonen, ist aber nicht in der Lage, den Menschen wirklich in seiner Zukunftsoffenheit zu begreifen. Ethisch erhebt er zum Ziel, was an solidarisch-kollektiver Möglichkeit schon vorhanden ist. Er bleibt damit der bürgerlichen Gesellschaft verhaftet – trefflich ist demnach das Eisner-Buch unter dem Titel *Zwischen Kapitalismus und Kommunismus* zusammengestellt. Historisch fällt der ethische Sozialismus in eine Zeit, in der der wissenschaftliche Sozialismus erst auf die Frage des Menschen stößt. Noch war der Mensch subsumiert als revolutionäres Subjekt der Klasse, ohne aber einen Subjektbegriff (im Sinne des Hegelschen Subjekt-Objekt) zu haben. Individuum und Individualismus, umgekehrt die Massengesellschaft und Urbanisierung waren zur Jahrhundertwende neue Phänomene, und erst in ihrem Schatten regte sich die Frage nach der Geschichte des Einzelnen. Man darf den ethischen Sozialismus hier ähnlich als berechtigten Versuch sehen, sich dem Individuum anzunähern, wie es einige Jahre zuvor die Psychoanalyse unternahm. Während jedoch die Psychoanalyse, da sie nur auf die Seelenlage des Bürgers zielte, also auf diejenigen, die sich das sexuelle Problem, die Neurose, überhaupt finanziell leisten können, laborierte der ethische Sozialismus an der humanistischen Grundfrage „Mensch“. Kant hat dafür nur den Anstoß gegeben;



die produktive Weiterentwicklung liegt in der Rückbindung des Marxismus an Hegel (wazu im übrigen dann die Veröffentlichung der entscheidenden Frühschriften von Marx und Engels in den 20er und 30er Jahren beigetragen hat).

Bis hier läßt sich von „Klassikern des Sozialismus“ sprechen. Eisner, ebenso Luxemburg, auch Lenin (man erinnere aus Eisensteins *Oktober* die Ankunfts-szene im finnischen Bahnhof), dann Stalin auf sehr häßliche Weise und schließlich Mao brechen mit dem Klassikerideal – und setzen dagegen die romantische Idee, die Revolutionsromantik, im positiven Sinne: die Aufbruchstimmung. Keine Zeit hat solchen literarisch hochwertigen, aber leidenschaftlichen Sozialismus hervorgebracht. Doch diese Zeit ist schon durchsetzt von der dritten Periode, die nicht zuletzt aus der geschichtlichen Erfahrung heraus Theorie-Praxis, also auch Gesellschaft und Individuum neu denkt. Der zweite Band von *Klassiker des Sozialismus* gibt Anregungen: Maos Theorie vom neuen Menschen gehört dazu. Sie darf jedoch nicht als terroristischer Zuschnitt des Einheitsmenschen mißverstanden werden. Zugeschritten wurde er ja bisher: als funktionables ökonomisches Tier. Es käme vielmehr darauf an, aus seinem Stand der Entfremdung heraus zu begreifen, was im Menschen nur als Vorgeschichte angelegt, aber als echte, vom Menschen gemachte Geschichte noch gar nicht geschrieben ist. So kommentiert Detlef Horster zu Bloch: „Es reicht eben nicht, daß man den Menschen ökonomische Fakten vorträgt. Diese mögen noch so richtig sein, was nutze es aber, wenn der Mensch nicht zuhört, nicht zuhören könne, weil er andere Nöte, andere Gedanken habe.“

Es kommt nicht von ungefähr, daß die Debatte nach den realsozialistischen Experimenten in eine kritische Praxisdistanz getreten ist, nicht aus Praxisverzicht, sondern um gezielt überhaupt die Frage nach Theorie und Praxis wieder zu stellen, was ja weder eine Angelegenheit des ML-Dogmatismus, noch Aktionismus heißt. Jenseits von Klassik, Revolutionsromantik und Parteiantavante versammeln der zweite Band *Klassiker* die Namen: Tito, Mao, Bloch, Lukács und Marcuse. (rob)

(1) Für die Neukantianer insbesondere in der Version wichtig: „Handle so, daß du die Menschheit, sowohl in deiner Person, als in der Person eines jeden anderen, jederzeit zugleich als Zweck, niemals bloß als Mittel brauchst.“ (Kant, Grundlegung zur Metaphysik der Sitten, A 67f.)